LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/7045
VORLAGE

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ

RHEINLAND-PFALZ UNTERM REGENBOGEN

Akzeptanz für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen

BERICHT ZUR UMSETZUNG UND FORTSCHREIBUNG DES LANDESAKTIONSPLANS „RHEINLAND-PFALZ UNTERM REGENBOGEN“ 2020

www.regenbogen.rlp.de

INHALT

Vorwort von Staatsministerin Anne Spiegel und Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität 4

A. Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ 5

1. Erläuterungen 5
2. Ziele und Inhalte 6
3. Entwicklungs- und Fortschreibungsprozess 9

B. Umsetzung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ 10

1. Akzeptanz fördern 11
   - 1.1. Öffentlichkeit informieren 13
   - 1.2. Forschung zu queerer Geschichte und queerem Leben fördern 16
   - 1.3. Demokratiebildung stärken 18
   - 1.4. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sensibilisieren 20
   - 1.5. Allianzen bilden .....
2. Teilhabe gewährleisten 22
   - 2.1. Rechtliche Gleichstellung voranbringen 22
   - 2.2. Regeleinrichtungen öffnen 25
   - 2.3. Gegen Diskriminierung vorgehen 29
   - 2.4. Vielfalt in der Arbeitswelt erhöhen und Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung schützen 30
   - 2.5. LSBTI-Belange in Medizin und Pflege berücksichtigen 32
   - 2.6. Vielfalt im Sport fördern 35
   - 2.7. Vielfalt in der Landesregierung fördern 36
   - 2.8. LSBTI-Geflüchtete schützen 38
3. Community empowern 40
   - 3.1. Partizipation fördern 40
   - 3.2. Vernetzung und Selbstwirksamkeit stärken 41
   - 3.3. Selbstverwaltungsstrukturen ausbauen 42
   - 3.4. (Peer-)Beratung ausweiten 43

C. Zusammenfassende Bewertung und Ausblick 46

Anhang 52

Impressum 68

VORWORT

Unsere Gesellschaft ist in den letzten Jahren insgesamt vielfältiger und offener geworden. Doch nach wie vor erfahren Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität nicht den vorherrschenden Normen entsprechen, persönlich und strukturell Ablehnung, Ausgrenzung und Benachteiligung. Daher hat die Landesregierung den Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ erneut fortgeschrieben, um Diskriminierungen zu bekämpfen und die vollständige rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen zu erreichen. Rheinland-Pfalz war 2013 bundesweit das dritte Land, das einen solchen Aktionsplan beschlossen hat.

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ beinhaltet eine Vielzahl von Maßnahmen, zu denen die Ressorts der Landesregierung, nachgeordnete Behörden, Partnerorganisationen und Queer-Gruppen im Land ihren Beitrag leisten. In den vergangenen sieben Jahren haben wir den Landesaktionsplan gemeinsam mit den Queer-Gruppen im Land kontinuierlich weiterentwickelt: Maßnahmen sind hinzugekommen, andere wurden abgeschlossen, weitere Personen und Organisationen haben sich dem Prozess angeschlossen und neue Schwerpunkte wurden gesetzt. Die Grundausrichtung bleibt jedoch bestehen: Der Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ ist Teil der Menschenrechts- und Demokratiearbeit, mit der sich alle Beteiligten für ein vorurteilsfreies und friedliches Miteinander in einem vielfältigen und lebenswerten Rheinland-Pfalz einsetzen.

Der Bericht zur Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ 2020 beschreibt die Aktivitäten und Fortschritte der 17. Legislaturperiode von 2016 bis 2021 und gibt einen Ausblick auf künftig geplante Aktivitäten.

Wir danken allen herzlich, die durch ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Ausdauer dazu beigetragen haben, unseren Zielen ein Stück näher zu kommen. Wir wollen diesen Weg weitergehen und gemeinsam mit den Partnerorganisationen, gesellschaftlichen Gruppen und Queer-Organisationen die Ziele des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ auch in der Zukunft weiterverfolgen.

Anne Spiegel
Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

Dr. Christiane Rohleder
Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität

1. ERLÄUTERUNGEN

Geschlechtergerechte Schreibweise

Der politische Schwerpunkt der Landesregierung „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen“[1] rückt die verschiedenen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten in den Fokus. Dies findet auch in der Sprache Berücksichtigung. Daher weichen wir bei Veröffentlichungen im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ von den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift „Geschlechtsgerechte Amts- und Rechtssprache“ ab. Stattdessen verwenden wir den Genderstern (*), der zwischen dem Wortstamm und der weiblichen Endung eingefügt wird.

Damit wird die Vielfalt der Geschlechter ausgedrückt und verdeutlicht, dass neben Frauen und Männern gleichberechtigt weitere geschlechtliche Identitäten existieren.[2]

Verweise im Text

In der Online-Version dieses Berichtes haben Sie die Möglichkeit, durch Anklicken der in dunkelblau gehaltenen Textpassagen weiterführende Informationen zu erhalten. Eine inhaltliche Verantwortung für Angebote anderer Anbieter, die durch Verweis aus diesem Onlineangebot heraus erreichbar sind, kann nicht übernommen werden.

[1] www.regenbogen.rlp.de
[2] Siehe hierzu auch die Handreichung „Geschlechtergerechte Sprache“, die weitere Anregungen gibt sowie andere Darstellungsformen aufzeigt, https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/RLP_unterm_Regenbogen/Handreichung_geschlechtergerechte_Sprache_Oktober2019.pdf.

LSBTI-Glossar

LSBTI steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen.

Lesbisch bezeichnet Frauen, die sich zu Frauen hingezogen fühlen.

Schwul bezeichnet Männer, die sich zu Männern hingezogen fühlen.

Bisexuell bezeichnet Menschen, die sich zum eigenen und zum anderen Geschlecht hingezogen fühlen.

Transident, **transsexuell, transgender** oder **trans*** sind Menschen, die sich nicht (nur) dem ihnen bei der Geburt notierten Geschlecht zugehörig wissen.

Intergeschlechtliche, intersexuelle oder **Inter*Menschen** werden geboren mit Geschlechtsmerkmalen, die eine Mischung aus männlichen oder weiblichen Merkmalen darstellen oder damit Ähnlichkeiten haben.

Nichtbinär ist sowohl ein Sammelbegriff als auch eine Bezeichnung für eine eigenständige Geschlechtsidentität. Nichtbinäre Menschen können auch trans* oder inter*, männlich und weiblich in einer Person oder weder-noch sein oder noch andere Selbstbezeichnungen wählen. Sie haben alle miteinander gemeinsam, dass sie sich der (binären) Einteilung der Geschlechter in Mann oder Frau verweigern.

2. ZIELE UND INHALTE

„Vielfalt – ein Gewinn für alle“

Im Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode von 2016 bis 2021 setzen die die Landesregierung tragenden Parteien SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Einsatz für ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben aller Rheinland-Pfälzer*innen fort, unabhängig von ihren individuellen Merkmalen wie ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Der in der vorangegangenen Legislaturperiode neu definierte politische Schwerpunkt „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“[3] zur Förderung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt wird fortgeschrieben und weiterentwickelt.

Ziele

Die mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ angestrebten politischen Ziele sind

- eine volle rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren und ihren Kindern in allen Bereichen,
- die Stärkung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie der Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen, und
- die Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung gegenüber LSBTI.

Zu Beginn der 17. Legislaturperiode wurde das im Koalitionsvertrag verankerte Amt der*des „Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle“ geschaffen. Am 29. November 2016 hat der Ministerrat Dr. Christiane Rohleder, Staatssekretärin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz[4], dazu berufen. Mit dieser bislang bundesweit einzigartigen Position nimmt Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle ein.

Ein Grundanliegen der Landesregierung ist, Partizipation zu ermöglichen und Betroffene bei Entscheidungen und Maßnahmen der Landesregierung einzubeziehen („Nichts über uns ohne uns.“[5]). Daher arbeitet die Landesregierung intensiv mit queeren Interessenvertretungen zusammen, insbesondere mit dem landesweiten Netz-

[3] Siehe hierzu den „Bericht zum Stand der Umsetzung des Landesaktionsplans 2015“, https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Bericht_Regenbogen.pdf

[4] Links zu am Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ verantwortlich beteiligten Ressorts der Landesregierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen finden sich zusätzlich zu den Verlinkungen im Text im Abkürzungsglossar auf S. 51.

[5] Der Grundsatz der Partizipation der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung wird auch dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zugrunde gelegt.

werk QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., **mit dem die Landesregierung eine Zielvereinbarung geschlossen hat, bei deren Umsetzung weitere Queer-Gruppen einbezogen werden**, wie die Deutsche Gesellschaft für Transsexualität und Intersexualität (dgti e.V.) und Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband, denn nur durch das partnerschaftliche Zusammenwirken an gemeinsamen Zielen und die Beteiligung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen als Expert*innen ihrer eigenen Situation können echte Fortschritte erreicht werden.

Zur Umsetzung der Ziele des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ sind gut verständliche Informationen für die Öffentlichkeit essentiell. Um die Intention deutlicher darzustellen, wurde auf Initiative von und in Abstimmung mit Vertreter*innen der LSBTI-Community der Untertitel des Politikbereiches geändert. Die ursprünglich gewählte Zusammenfassung sexueller und geschlechtlicher Identitäten in der Formulierung "Akzeptanz für *queere Lebensweisen*" wurde ersetzt durch die explizite Nennung aller LSBTI-Gruppen.

Inhalte

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ bündelt einen Maßnahmenkatalog, zu dem alle Ressorts der Landesregierung, nachgeordnete Behörden und Partnerorganisationen sowie die LSBTI-Vereine und Initiativen im Land ihren Beitrag leisten. Mit den Maßnahmen wirken die Beteiligten in alle lebensweltlichen und gesellschaftlichen Bereiche hinein.

Im Zuge der Weiterentwicklung des Landesaktionsplans wurde dieser neu strukturiert. In der Vergangenheit orientierten sich die inhaltlichen Zuordnungen weitgehend an den Zuständigkeiten der Ressorts. Um mehr Transparenz zu schaffen, die Dynamik des Prozesses zu unterstreichen und den Aufforderungscharakter der gesteckten Ziele zu betonen, wurden die Maßnahmen folgenden drei Leitzielen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zugeordnet:

- Akzeptanz fördern
- Teilhabe gewährleisten
- Community empowern

Diese Leitziele sind in die nachfolgenden Wirkungsfelder unterteilt.

Übersicht der Gliederung in Leitziele und Wirkungsfelder des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“

Akzeptanz fördern
Öffentlichkeit informieren
Forschung zu queerer Geschichte und queerem Leben fördern
Demokratiebildung stärken
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sensibilisieren
Allianzen bilden
Teilhabe gewährleisten
Rechtliche Gleichstellung voranbringen
Regeleinrichtungen öffnen
Gegen Diskriminierung vorgehen
Vielfalt in der Arbeitswelt erhöhen und Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung schützen
LSBTI-Belange in Medizin und Pflege berücksichtigen
Vielfalt im Sport fördern
Vielfalt in der Landesregierung fördern
LSBTI-Geflüchtete schützen
Community empowern
Partizipation fördern
Vernetzung und Selbstwirksamkeit stärken
Selbstverwaltungsstrukturen ausbauen
(Peer-)Beratung ausweiten

3. ENTWICKLUNGS- UND FORTSCHREIBUNGSPROZESS

Der in einem breiten Beteiligungsprozess im Jahr 2011 und 2012 erarbeitete und am 29. Januar 2013 durch den Ministerrat beschlossene Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ wird unter der Federführung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz fortgeschrieben und weiterentwickelt.

Zur themenübergreifenden Abstimmung und Ergänzung des Maßnahmenkatalogs hat maßgeblich der jährlich tagende Landesweite Runde Tisch LSBTI unter Leitung der Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, beigetragen. Insbesondere bei den Zusammenkünften in den Jahren 2017 und 2019 zogen die Ansprechpersonen in den Ressorts und den Partnerorganisationen der Landesregierung gemeinsam mit den beteiligten queeren Vereinen und Initiativen Bilanz, benannten zusätzliche Maßnahmen und stimmten weitere Aktivitäten ab.

Darüber hinaus findet ein ständiger sowie auch anlassbezogener Austausch zwischen den Ressorts und LSBTI-Vertreter*innen zur Umsetzung einzelner Maßnahmen statt.

Durch diesen Prozess wird aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen und auf sich neu ergebende Situationen und Bedarfe reagiert.

Der Maßnahmenkatalog des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ umfasste zu Beginn nahezu 200 Einzelmaßnahmen. Darunter finden sich einmalige Aktivitäten, wie die Durchführung einer Veranstaltung, kontinuierlich zu bearbeitende Aufgaben, wie beispielsweise die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit, sowie strukturell wirksame Maßnahmen, wie die Aufnahme der Themen sexuelle und geschlechtliche Identität in schulische Lehrpläne.

Im Folgenden werden der Stand der Umsetzung sowie für die künftige Realisierung vorgesehene Maßnahmen dargestellt. Aufgrund der Fülle der Aktivitäten wird im vorliegenden Bericht eine Auswahl beschrieben. Eine Gesamtübersicht ist dem Bericht angehängt.

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ wird fortlaufend weiterentwickelt. Maßnahmen kommen hinzu, andere werden abgeschlossen oder neue Personen und Organisationen beteiligen sich. Daher ist es möglich, dass einzelne Maßnahmen nicht im Bericht aufgeführt sind oder ihr Bearbeitungsstatus sich zwischenzeitlich geändert hat. In diesem Fall wird um eine entsprechende Mitteilung an das Referat Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität im Familienministerium[6] gebeten – Kontakt siehe letzte Seite.

[6] Links zu am Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ verantwortlich beteiligten Ressorts der Landesregierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen finden sich zusätzlich zu den Verlinkungen im Text im Abkürzungsglossar auf S. 51.

1. AKZEPTANZ FÖRDERN

Trotz der großen Fortschritte bei der gesellschaftlichen Anerkennung sind Schwulen-, Lesben-, Bisexuellen-, Trans*- und Inter*feindlichkeit nach wie vor in allen Lebensbereichen gegenwärtig. Diese reicht bis zu Morddrohungen an der Haustür, wie es im Oktober 2019 in Oppenheim gegenüber einer transidenten Frau geschehen ist. Die Förderung der Akzeptanz verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen stellt daher eines der drei Leitziele im Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ dar.

Aufklärung und Information sind notwendig, um Ausgrenzung und Aggressionen entgegenzutreten. Das beginnt bei der Erforschung und Sichtbarmachung der Geschichte der Verfolgung von LSBTI sowie ihrer Emanzipation und setzt sich fort in der Sensibilisierung von Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Organisationen, in denen die Belange von LSBTI bislang noch zu wenig Berücksichtigung finden. Dem Beispiel von Rheinland-Pfalz, die Geschichte der Verfolgung und Diskriminierung von LSBTI im Land aufzuarbeiten, sie für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen und für die politische Bildung aufzubereiten, sind inzwischen weitere Bundesländer gefolgt.

Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt und Teilhabe aller Menschen als wichtige Voraussetzung für eine lebendige und funktionierende Demokratie. Demnach sind Maßnahmen zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung für die gesamte Öffentlichkeit wie auch für einzelne Zielgruppen wichtiger Bestandteil des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“.

Feindselige Haltungen gegenüber LSBTI sind nicht selten Ausdruck einer Vorstellung der Ungleichwertigkeit von verschiedenen sozialen Gruppen und weit verbreitet. Um dem noch besser entgegenwirken zu können, sind die Vernetzung von Queer-Aktivist*innen über die Landesgrenzen hinaus sowie die Abstimmung mit Organisationen, die die Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund anderer Merkmale zum Ziel haben, weitere Elemente zur Umsetzung des Leitziels „Akzeptanz fördern“.

Alle Aktivitäten werden begleitet von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, mittels derer Aufmerksamkeit für die Lebenssituationen von LSBTI geschaffen, für ihre Gleichstellung geworben und Wissen verbreitet wird.

1.1. Öffentlichkeit informieren

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein zentraler Schwerpunkt der Akzeptanzarbeit im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“. Dabei geht es um die Vermittlung von Wissen über und durch LSBTI aus dem Bewusstsein heraus, dass Vorurteile auch durch Unwissenheit und aufgrund mangelnder oder falscher Informationen entstehen und gefestigt werden. Deshalb richten sich die Materialien und Aktivitäten der Landesregierung und der queeren Vereine sowohl an die Bevölkerung insgesamt als auch gezielt an bestimmte Gruppen.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Webauftritt von „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“**

Das Familienministerium informiert online über Maßnahmen, Aktivitäten und Ergebnisse des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“. Der Webauftritt ist in die Homepage des Ministeriums integriert und auch über die Domain www.regenbogen.rlp.de zu erreichen. Dort werden auch Aktivitäten der Queer-Gruppen veröffentlicht, darunter Fortbildungs- und Beratungsangebote.

- **Logo und Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit**

Das Familienministerium hat in Abstimmung mit den Queer-Gruppen das Logo des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ in den Regenbogenfarben neugestaltet[7]:

Es wurden u.a. ein entsprechender Flyer „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“[8] sowie diverse öffentlichkeitswirksame Give-aways erstellt, um für Akzeptanz gegenüber LSBTI zu werben und auf den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ aufmerksam zu machen.

- **Materialien und Medien zur zielgruppenspezifischen Ansprache**

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. erstellt ergänzend zu den allgemeinen Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit regional- und zielgruppenspezifische Plakate und Postkarten. Die bereits umgesetzte Plakataktion unter dem Titel „Akzeptanz (er)leben“ wird zur Ansprache von Jugendlichen, Familien, Senior*innen und anderen Gruppen jeweils spezifisch angepasst.

Für die Information und Sensibilisierung einzelner Zielgruppen werden entsprechende Medien genutzt. So beispielsweise die Zeitschrift „Spätlese“ des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, die sich an Senior*innen richtet.

- **Plakat zum Thema „Familienvielfalt“**

Im Rahmen der Familieninitiative „Familie – ein starkes Stück“ hat das Familienministerium gemeinsam mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. ein Plakat zum Thema „Familienvielfalt“ veröffentlicht. Als Motiv werden Fotos von unterschiedlichen Familienkonstellationen gezeigt und mit Stichworten wie „Gleiche Rechte“, „Offenheit“ und „Sichtbarkeit“ unterlegt, um für Akzeptanz und Respekt für alle Familienformen zu werben. Aus einzelnen Fotomotiven wurden darüber hinaus Postkarten erstellt, die mit dem Logo „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ versehen sind und für das Projekt „Familienvielfalt“ als Werbemittel dienen.

---

[7] Ursprüngliches Logo:

[8] https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/RLP_unterm_Regenbogen/Faltblatt_Regenbogen_2019_web.pdf

- **CSD und IDAHOBIT**

Für die öffentlichkeitswirksame Wahrnehmung von LSBTI und ihren Anliegen sind die regionalen Veranstaltungen zum Christopher Street Day (CSD) sowie zum International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia (IDAHOBIT) wichtige Aktionsformen der Queer-Gruppen. Die lokal tätigen Mitgliedsorganisationen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und weitere LSBTI-Interessenvertretungen und Initiativen, wie beispielsweise das Frauenzentrum Mainz e.V.[9] oder die Aids-Hilfe Kaiserslautern e.V.[10], organisieren die Veranstaltungen auf regionaler und landesweiter Ebene.

- **Repräsentanz von LSBTI auf landesweiten Veranstaltungen**

Neben den LSBTI-spezifischen Veranstaltungen zeigen QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und die dgti e.V. Präsenz auf thematischen Großveranstaltungen des Landes, wie dem landesweiten Ehrenamtstag und dem Demokratietag Rheinland-Pfalz.

Ferner bringt sich QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. in den Beteiligungsprozess zur Entwicklung des merkmalsübergreifenden „Landesaktionsplans gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ für Rheinland-Pfalz ein.

[9] www.frauenzentrum-mainz.de
[10] www.aidshilfe-rlp.de/kaiserslautern

Anliegen für die Zukunft

- **Zielgruppen- und regionalspezifische Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit**

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., die dgti e.V. und Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband, entwickeln weitere zielgruppenspezifische Materialien für die Öffentlichkeits- und Informationsarbeit. Die Vereine setzen sich ebenfalls dafür ein, die Öffentlichkeitsarbeit zukünftig durch einen stärker regionalen Bezug zu ergänzen.

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. sieht die Notwendigkeit, dass kommunale und Landeseinrichtungen stärker als bisher in Printprodukten und im digitalen Bereich LSBTI als Teil einer vielfältigen Gesellschaft abbilden, zum Beispiel in der Veranstaltungs- und Tourismuswerbung.

Zudem sieht QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. den Bedarf an fortlaufenden kommunalen und landesweiten Kampagnen für Akzeptanz von Vielfalt gegen Hass und Ausgrenzung und für eine lebendige Demokratie unter Nennung auch von LSBTI.

1.2. Forschung zu queerer Geschichte und queerem Leben fördern

Geschichtsschreibung hatte lange Zeit einen männlich-heterosexuell geprägten Fokus. Die Geschichte von Frauen und von LSBTI sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen war nicht oder nur am Rande Teil der kanonisierten Geschichte. Sie wurde kaum erforscht und in der Schule nicht gelehrt.

Auch wenn in den letzten Jahren ein gesellschaftlicher Fortschritt im Umgang mit LSBTI-Personen verzeichnet werden kann und Meilensteine in der rechtlichen Gleichstellung erreicht wurden, darf nicht vergessen werden, welches Unrecht und Leid lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen angetan wurde und wie menschenverachtende Denkweisen bis in die heutige Zeit hineinwirken. Die Erforschung der Geschichte und Geschichten von LSBTI und die Verbreitung der gewonnenen Erkenntnisse stellt eine geeignete Möglichkeit dar, gesellschaftspolitische Entwicklungen kritisch zu betrachten, um daraus für heute und die Zukunft zu lernen. Die Forschungsarbeit zu queerer Geschichte[11] wurde in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 intensiv vorangetrieben.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Forschungsbericht zur „Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen“**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat in einem einstimmigen Beschluss vom 13. Dezember 2012 die Landesregierung aufgefordert, die Verfolgung und Diskriminierung von Lesben und Schwulen nach 1945 aufzuarbeiten sowie die Erinnerung an das begangene Unrecht wach zu halten und dadurch eine besondere Sensibilisierung gegenüber jeglichen homophoben Tendenzen zu fördern. Mit den Forschungsarbeiten hat das federführende Familienministerium das Institut für Zeitgeschichte[12] und die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld[13] beauftragt. Dr. Kirsten Plötz[14] und Dr. Günter Grau[15] haben den 2017 veröffentlichten Forschungsbericht zur „Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen“[16] im Auftrag der genannten Institutionen erstellt.

- **Studie „Juristische Diskriminierung lesbischer Frauen. Der Entzug des Sorgerechts beziehungsweise der elterlichen Gewalt in Rheinland-Pfalz“**

Im Rahmen der Forschungsarbeiten zur Verfolgung homosexueller Menschen in Rheinland-Pfalz wurde deutlich, dass viele lesbische Frauen erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt waren. Sie mussten den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder befürchten, wenn sie sich von ihrem Ehemann scheiden ließen, um in einer lesbischen Beziehung mit einer Frau zu leben. In einem bundesweit einzigartigen Projekt, mit dessen Durchführung das Familienministerium erneut das Institut für Zeitgeschichte und die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld beauftragt hat, erforscht die Historikerin Dr. Kirsten Plötz im Rahmen der Studie „Juristische Diskriminierung lesbischer Frauen. Der Entzug des Sorgerechts beziehungsweise der elterlichen Gewalt in Rheinland-Pfalz“[17] (Arbeitstitel) Hinweise auf entsprechende gerichtliche Entscheidungen. Dazu spricht sie mit Zeit-

[11] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/queere-geschichte/
[12] https://www.ifz-muenchen.de/
[13] https://mh-stiftung.de/
[14] http://die-andere-biografie.de/
[15] http://www.guentergrau.de/
[16] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/queere-geschichte/landtagsbeschluss-zur-aufarbeitung-der-strafrechtlichen-verfolgung/
[17] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/queere-geschichte/sorgerechtsentzug-bei-lesbischen-muettern/

zeug*innen über die Befürchtungen lesbischer Mütter, das Sorgerecht zu verlieren, und über daraus folgende Entscheidungen im Hinblick auf Kinder, Familie und das eigene Lebensglück.

- **„Nanu?* Die anderen Pfälzer_innen"**

Das Forschungsprojekt „Nanu?* Die anderen Pfälzer_innen – zur Geschichte von Lesben, Schwulen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in der Pfalz" leistet eine regionale historische Aufarbeitung der Geschichte sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Pfalz. Erstmalig steht dabei auch die Geschichte von bisexuellen, transidenten und intergeschlechtlichen Menschen im Blickpunkt. Das vom Familienministerium geförderte Projekt wurde gemeinsam vom Stadtmuseum Zweibrücken und dem Institut für Pfälzische Geschichte und Volkskunde Kaiserslautern durchgeführt.

- **Queere Jugendliche im 3. Kinder- und Jugendbericht**

In jeder Legislaturperiode wird ein Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz[18] erarbeitet. Für den 3. Kinder- und Jugendbericht liegt ein Forschungsfokus auf den Erfahrungen von jungen Menschen, die Exklusion erleben beziehungsweise davon bedroht sind. Dazu wurden unter anderem auch junge queere Menschen befragt.

- **Gedenken der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus seitens des Landtags**

Am 27. Januar jeden Jahres begeht der rheinland-pfälzische Landtag seit mehr als zwei Jahrzehnten den nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus[19]. Schwerpunkt seiner Gedenksitzung und der begleitenden Ausstellung „Verschweigen Verurteilen" war im Jahr 2020 erstmals die Verfolgung homosexueller Menschen. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. führte im Rahmen des Gedenktags 2020 eine Reihe von regionalen Veranstaltungen zur Information über die Verfolgung von LSBTI durch.

Der Landtag hat am 30. Januar 2020 den Antrag „Opfer des Nationalsozialismus: Gedenken aufrechterhalten – Verantwortung leben – Homosexuellenverfolgung weiter aufarbeiten" der Fraktionen SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, sich weiterhin in der Bildungs- und Gedenkarbeit im Hinblick auf alle Opfergruppen der NS-Zeit zu engagieren, die Forschung über die Verfolgung von homosexuellen Menschen in Rheinland-Pfalz fortzusetzen, auf eine vollständige rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz queerer Lebensweisen hinzuwirken und sich im politischen Handeln für eine offene und akzeptierende Gesellschaft einzusetzen.

[18] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/kinder-und-jugend/jes-eigenstaendige-jugendpolitik/kinder-und-jugendbericht/

[19] https://www.landtag.rlp.de/de/mitmachen/ veranstaltungen/demokratie-und-gesellschaft/holocaust-gedenktag-am-27-januar/detail/news/detail/News/das-leiden-endete-nicht-mit-dem-krieg/-/-/

- **Gedenk-Stele zur Erinnerung an die Verfolgung und Diskriminierung von LSBTI**

Die Landesregierung unterstützt den einstimmig gefassten Beschluss des Mainzer Stadtrats vom 13. Februar 2019, eine Gedenk-Stele zu errichten. Mit dieser Stele soll an die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität und beziehungsweise oder sexuellen Orientierung in der Zeit des Nationalsozialismus und die auch nach 1945 andauernde Strafverfolgung nach dem von den Nationalsozialisten verschärften § 175 StGB erinnert werden.

Die gemeinsam von der Stadt Mainz und der Landesregierung gestiftete Stele wird an einem zentralen Punkt im Regierungsviertel errichtet. Ausführliche Informationen werden in einem ergänzenden Flyer zur Verfügung gestellt.

Anliegen für die Zukunft

- **Forschung zu LSBTI-Geschichte intensivieren**

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. setzt sich für regionalspezifische Forschungen sowie für ein Forschungsprojekt zur Geschichte von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen ein. Das Netzwerk hält zudem die Einrichtung einer Professor*innenstelle zu Geschichtsforschung und Lebenssituation von LSBTI sowie die Einrichtung eines Fonds aus Landesmitteln und weiteren Zuwendungen zur Förderung der historischen Forschung und Erinnerungskultur von LSBTI für notwendig.

1.3. Demokratiebildung stärken

Die gesellschaftliche Vielfalt und die damit verbundenen unterschiedlichen Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen tragen gleichermaßen das Potenzial für Bereicherung wie für Konflikte in sich. Vorurteile, Ausgrenzungsprozesse und Ressentiments sind nicht mit demokratischem Verhalten vereinbar und stehen einem friedlichen und freien Zusammenleben entgegen.

Die Wahrnehmung und Anerkennung unterschiedlicher Identitäten, geschichtliche Aufklärung, Selbstreflexion und das Erlernen von Interventions- und Konfliktlösungsstrategien sind Instrumente, um die Widerstandskraft gegen menschenfeindliches Verhalten und demokratiefeindliche Ideologien zu stärken. Sensibilisierung und Wissensvermittlung über LSBTI dient daher immer auch der Stärkung der Demokratie und der Verwirklichung der Menschenrechte.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Mobile Ausstellung „Verschweigen Verurteilen – Verfolgung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz von 1946 - 1973“**

Auf Grundlage des für den Forschungsbericht zur „Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen“[20] zusammengetragenen Materials wurde die mobile Ausstellung „Verschweigen Verurteilen – Ver-

[20] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/queere-geschichte/landtagsbeschluss-zur-aufarbeitung-der-strafrechtlichen-verfolgung/

folgung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz von 1946 - 1973“[21] von chezweitz – museale und urbane Szenografie, Berlin, entwickelt, die am 19. Februar 2018 im Mainzer Rathaus erstmals öffentlich präsentiert wurde. Seitdem wurde sie an zahlreichen Orten innerhalb und außerhalb von Rheinland-Pfalz gezeigt, darunter im Abgeordnetenhaus des rheinland-pfälzischen Landtags, in Schulen, Kommunalverwaltungen, Museen, der Hochschule der Polizei und der KZ-Gedenkstätte Osthofen. So werden die Erkenntnisse über die Verfolgung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz in der Nachkriegszeit einer breiten Bevölkerung zugänglich gemacht.

Die Ausstellung kann bei medien.rlp – Institut für Medien und Pädagogik e.V.[22] kostenfrei ausgeliehen werden. Transport sowie Auf- und Abbau werden durch das Institut übernommen. Für die Bewerbung und zur Information für an der Ausleihe Interessierte wurden Druckvorlagen für Flyer und Poster erstellt.

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. bietet, ebenfalls kostenfrei, begleitende Veranstaltungen[23] an den Ausstellungsorten an.

- **Handreichung für die pädagogische Arbeit mit der Ausstellung „Verschweigen Verurteilen“**

Zur Ergänzung der Ausstellungsinhalte um die Perspektive von Trans* und Inter* und die Erweiterung des betrachteten Zeitraums wird eine Handreichung für die pädagogische Arbeit entwickelt, die im schulischen wie außerschulischen Bildungsbereich Anwendung finden kann.

- **SCHLAU – Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung“**

Ein wichtiger Baustein der Demokratie- und Menschenrechtsbildung sind die „SCHLAU“-Projekte[24] von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., die seit Jahren „Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung“ für Jugendliche leisten. An den mittlerweile fünf rheinland-pfälzischen Standorten Koblenz, Mainz, Trier, Landau und Kaiserslautern bieten die ehrenamtlichen Teamer*innen Bildungsveranstaltungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt für Schulen und andere Bildungseinrichtungen an. Das Ministerium für Bildung fördert das landesweite Netzwerk SCHLAU RLP[25], das die Lokalgruppen koordiniert, Öffentlichkeitsarbeit betreibt und für die Qualifizierung der Teamenden und deren Austausch untereinander Sorge trägt.

- **Berücksichtigung von LSBTI in Seminaren zum Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)**

Ebenfalls an junge Menschen richtet sich das Fortbildungsangebot der vom Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten anerkannten Träger angebotenen Freiwilligen Öko-

[21] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/queere-geschichte/ausstellung-verschweigen-verurteilen/
[22] https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Flyer_Ausstellung_verleih_rlp_web_.pdf
[23] https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/RLP_unterm_Regenbogen/Verschweigen-Verurteilen_Begleitveranstaltung_QueerNet_RP_e.V.-PDF.pdf
[24] https://www.queernet-rlp.de/schlau-2
[25] https://schlau-rlp.de/

logischen Jahrs[26]. Die Themen Homosexualität im Nationalsozialismus, Ausgrenzungsmechanismen im Rechtsextremismus und Trainingseinheiten zur Rhetorik gegen Hate-Speech sind in den Seminarkatalog für die Teilnehmenden aufgenommen worden.

- **Förderung des Themenkomplexes sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Veranstaltungen der Erwachsenenbildung**

Veranstaltungen zur Erwachsenenbildung, die die Themen sexuelle und geschlechtliche Identität und sexuelle Vielfalt behandeln, fördert das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur im Rahmen der Weiterbildungsförderung nach dem rheinland-pfälzischen Weiterbildungsgesetz (WBG), wenn sie von Volkshochschulen und der anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung bzw. ihrer Mitgliedseinrichtungen durchgeführt werden. Dabei kann es sich um eigenständige Veranstaltungen handeln oder die Themen können in unterschiedliche Weiterbildungen integriert sein.

Anliegen für die Zukunft

- **Landesweite Koordinierungsstelle für SCHLAU einrichten**

Die Nachfrage von Schulen und Jugendeinrichtungen nach Workshops des Schulaufklärungsprojektes SCHLAU wächst stetig, und auch das Engagement der Ehrenamtlichen ist ungebrochen. Ziel von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. ist es daher, die SCHLAU-Projekte weiter auszubauen und zu erreichen, dass die Strukturen durch eine landesweite hauptamtliche Koordinierungsstelle stabilisiert und gestärkt werden.

Für die dgti e.V. ist eine hauptamtliche Koordinierungsstelle in Rheinland-Pfalz wünschenswert, die primär die Fortbildungen zu transidenten und intergeschlechtlichen Menschen übernimmt.

1.4. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sensibilisieren

Die Förderung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt findet auf allen gesellschaftlichen Ebenen statt. LSBTI sollen als selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden. Dementsprechend setzen sich Landesregierung und Queer-Gruppen für die Sichtbarkeit von LSBTI ein und werben in den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Institutionen und Gremien aktiv für die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Rechte.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen über Belange von LSBTI**

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich in den vergangenen Jahren offen gezeigt für die Anliegen von LSBTI. Das Familienministerium führt kontinuierlich Gespräche mit den Spitzen von Organisationen, unter anderem mit dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, mit Vertretungen

[26] https://www.foej-rlp.de/

der katholischen und evangelischen Kirche oder dem Präsidenten des Landessportbundes. Zudem nutzen Staatsministerin Anne Spiegel und Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, geeignete Anlässe, wie beispielsweise Fachtagungen verschiedener Berufsgruppen, um in Grußworten und Reden für die Anliegen von LSBTI zu sensibilisieren.

Auch werden bei Arbeitsgesprächen mit freien und öffentlichen Trägern aktuelle Themen zur sexuellen und geschlechtlichen Identität zur Sprache gebracht. Bei Beratungsbedarf stellt das Familienministerium den Kontakt zu den Ansprechpersonen der Queer-Gruppen her.

- **Öffnung der Kommunen für LSBTI-Themen**

Die Landesregierung wirbt für die Öffnung der Kommunen für LSBTI-Anliegen. So wurde mit den drei Kommunalen Spitzenverbänden Kontakt aufgenommen und Informationsmaterialien des Familienministeriums zur Verfügung gestellt, unter anderem die Handreichung „Geschlechtergerechte Sprache".

- **Bankkarten für transidente Menschen mit selbstgewähltem Vornamen**

Bis transidente Menschen eine offizielle Änderung von Vornamen und Personenstand vornehmen können, leben sie mitunter mehrere Jahre bereits im Wunschgeschlecht und mit ihrem gewählten Vornamen. Die in dieser Phase weiter verwendeten Ausweise, Kundenkarten und andere Identitätsnachweise mit dem alten Vornamen führen zu Irritationen, Zwangs-Outing und Diskriminierungen. Zu den besonders häufig verwendeten Kundenkarten gehören die Kontokarten von Geldinstituten. Die dgti e.V. führt daher Gespräche mit Banken und Sparkassen, um auf diese Situation[27] aufmerksam zu machen und um zu erreichen, dass die Geldinstitute von der rechtlich unbedenklichen Möglichkeit Gebrauch machen, die Kontokarten ihrer transidente Kund*innen auf deren selbstgewählten Vornamen auszustellen. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau unterstützte die Aktion durch ein Anschreiben im Namen von Minister Dr. Volker Wissing.

- **Transidente Menschen und Kirche**

Anlässlich des Reformationsjubiläums 2017 setzte sich die dgti e.V. im Rahmen des Projekts „Trans* und Reformation"[28] in einer Broschüre[29] und in Interviews umfassend mit der Frage auseinander, in welcher Beziehung Kirche und Transidentität beziehungsweise Transsexualität stehen und wie transidente Menschen ihren – beruflichen wie privaten – Kirchenalltag erleben.

Anliegen für die Zukunft

- **Sensibilisierung fortsetzen und Kooperationen erweitern**

Die Teilnehmenden des Landesweiten Runden Tisches LSBTI 2019 haben sich dafür aus-

[27] https://www.dgti.org/download-archiv/send/2-public/32-bankkarten-mit-selbstgewaehltem-vornamen.html
[28] http://www.tur2017.de/
[29] https://www.bmfsfj.de/blob/114152/ befae36ba9e306d97c839eeddd3c55ff/reformation-fuer-alle---transidentitaet---transsexualitaet-und-kirche-data.pdf

gesprochen, ein besonderes Augenmerk auf Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit zu legen.

In diesem Sinne führt die Landesregierung die Gespräche mit Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen fort. Ziel ist es, Aktivitäten anzustoßen und zu unterstützen, die zur Akzeptanz queerer Lebensweisen in allen Gesellschaftsbereichen beitragen.

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., dgti e.V. und Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband, treten ihrerseits mit verschiedenen Politiker*innen und gesellschaftlichen Organisationen in Kontakt, wie beispielsweise muslimischen Verbänden, Kammern, Gewerkschaften und Fachgremien, um für die Interessen von LSBTI zu sensibilisieren und Kooperationspartner*innen für gemeinsame Aktivitäten zu gewinnen.

1.5. Allianzen bilden

LSBTI-Feindlichkeit ist kein isoliertes Phänomen und beschränkt sich nicht auf Rheinland-Pfalz. Vielmehr geht sie einher mit der Abwertung anderer sozialer Gruppen, wie Migrant*innen, Frauen oder Obdachlose. Menschen werden aufgrund ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer Gruppe bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensweisen zugeschrieben, durch die nicht nur die Unterschiedlichkeit zur eigenen Gruppe betont, sondern auch die Vorstellung von Hierarchien verschiedener sozialer Gruppen gerechtfertigt wird. Das als „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bezeichnete Syndrom beschreibt diese Ideologie der Ungleichwertigkeit, die sich in Diskriminierungen, Hass und Gewalt äußern kann und nach Befunden repräsentativer Studien[30] in Deutschland weit verbreitet ist.

Auch LSBTI Personen sind nicht frei von Vorurteilen. Es besteht die Notwendigkeit für einen kritischen Blick nach innen, für Kooperationen, das Vermeiden von Doppelstrukturen und die Öffnung hin zu gesellschaftlichen Partner*innen.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll und notwendig, Ursachen für und Strategien gegen Homo-, Bi-, Trans*- und Inter*-feindlichkeit in einem größeren Kontext zu betrachten und den Schulterschluss zu Organisationen zu suchen, die sich mit der Bekämpfung von Rassismus, Sexismus, Islamfeindlichkeit und anderen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen, um sich über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus zu vernetzen.

- **Kooperation mit der Landesantidiskriminierungsstelle**

Das Fachreferat Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität im Familienministerium kooperiert langfristig und bezogen auf aktuelle Themen und Anlässe mit der Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz[31]. Diese ist die Koordinierungs- und Bündelungsstelle für alle Maßnahmen der Antidiskriminierung und Vielfalt in der Landesregierung und greift hierzu auch Impulse aus dem Bereich der Bekämpfung von Homophobie auf, informiert, klärt auf und baut Vorbehalte ab, damit Benachteiligungen erst gar nicht entstehen. Sie trägt dazu bei, dass

[30] siehe dazu Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1-10, 2002-2011, erschienen im Suhrkamp Verlag, und Zick, Andreas/Klein, Anna: Fragile Mitte – Feindselige Zustände, 2014. Hrsg. Ralf Melzer, Friedrich-Ebert-Stiftung.

[31] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/ antidiskriminierungsstelle/

Menschen, die diskriminiert werden, ihre Rechte kennen und sich zur Wehr setzen können, unabhängig davon, aus welchem Grund sie sich benachteiligt fühlen.

- **Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

Der Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit[32] dient der Förderung des Pluralismus in Rheinland-Pfalz und dem Schutz von Menschen vor Ausgrenzung aufgrund von (zugeschriebenen) Gruppenzugehörigkeiten.

In einem intensiven Beteiligungsprozess wurden gemeinsam mit über 80 Akteur*-innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kommunen und Landesbehörden Maßnahmen entwickelt. Der Landesaktionsplan versteht sich sowohl in der Entwicklung als auch in der Umsetzung als partizipativer Prozess zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Er hat das Ziel, eine Vielzahl an gesellschaftlichen Verantwortungsbereichen anzusprechen. Alle Maßnahmen verfolgen einen merkmalsübergreifenden Ansatz. Sie tragen damit der Gleichrangigkeit von Eigenschaften und Merkmalen von Menschen Rechnung und fördern eine Kultur der Gleichwertigkeit aller Menschen in Rheinland-Pfalz sowie den Abbau von Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Gewalt.

- **Bundesländerübergreifender Austausch**

Die Referent*innen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Länder sowie des Bundes kommen jährlich in einem anderen Bundesland zu einem Bund-Länder-Treffen zusammen. Ziele sind Austausch und Abstimmung von übergreifenden Maßnahmen. 2020 ist Rheinland-Pfalz Gastgeber für den Fachaustausch.

Anliegen für die Zukunft

- **Überregionalen Austausch ausweiten**

Die dgti e.V. hält eine länderübergreifende Zusammenarbeit auch für die Bereiche „Therapie“ und „Peer-Beratung“ für wünschenswert.

[32] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/demokratie/ landesaktionsplan-gegen-rassismus-und-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit/

2. TEILHABE GEWÄHRLEISTEN

Die Landesregierung und ihre Partnerorganisationen setzen sich für ein Rheinland-Pfalz ein, in dem alle Menschen ihr Leben frei und selbstbestimmt nach ihren eigenen Wünschen gestalten können, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nicht nur notwendig, Diskriminierungen und Benachteiligungen auf individueller und struktureller Ebene entgegenzuwirken. Vielmehr muss auch gewährleistet sein, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten der Teilhabe in allen Lebensbereichen offenstehen.

Dafür sind Rahmenbedingungen erforderlich, die durch Staat und Gesellschaft gesetzt werden. Die Herstellung rechtlicher Gleichstellung ist hierbei eine ebenso wichtige Voraussetzung wie die Öffnung zivilgesellschaftlicher Organisationen und öffentlicher Institutionen für Bedarfe und Anliegen von LSBTI. Staat und Zivilgesellschaft kommt die Aufgabe zu, ihre Angebote und Strukturen auf eine Weise zu gestalten, die Menschen aller sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten gleichermaßen gerecht wird. Dieses Postulat gilt für alle Lebensbereiche und Lebensphasen – von der Geburt bis ins Alter.

2.1. Rechtliche Gleichstellung voranbringen

Die Öffnung der Ehe – und damit einhergehend die Schaffung von Adoptionsmöglichkeiten für gleichgeschlechtliche Paare – war ein Meilenstein im Kampf für Gleichberechtigung, der nach über 25 Jahren erreicht worden ist. Mit Beschluss des Bundestags vom 30. Juni 2017 wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Ab dem 1. Oktober 2017 wurde das Institut der Lebenspartnerschaft durch die Ehe ersetzt; Lebenspartnerschaften können in eine Ehe umgewandelt werden.

Dennoch ist nach wie vor keine vollständige rechtliche Gleichstellung erreicht[33]. Zudem ist die Rechtslage für transidente und intergeschlechtliche Menschen nach wie vor unbefriedigend.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung engagiert sich daher weiterhin dafür, dass alle LSBTI-Gruppen rechtliche Anerkennung und gesetzlichen Schutz ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität erfahren und mit heterosexuellen Männern und Frauen gleichgestellt werden.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Initiative zur Öffnung der Ehe**

Dass die Ehe für alle Menschen geöffnet wurde, ist wesentlich auch dem Engagement von Rheinland-Pfalz zu verdanken. So stammte der im Bundestag zur Abstimmung gekommene Gesetzentwurf aus Rheinland-Pfalz; die Landesregierung hatte ihn im September 2015 über den Bundesrat

[33] Zufriedenstellende Regelungen zum Abstammungsrecht standen zum Zeitpunkt der Berichtslegung noch aus.

eingebracht. Ministerin Anne Spiegel hatte sich 2016 und 2017 als „Beauftragte des Bundesrates für die Beratung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Deutschen Bundestag und seinen Ausschüssen“ in zwei Schreiben mit der Bitte an den Präsidenten des Bundestages gewendet, den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages zu setzen. Zudem warb die Landesregierung jahrelang in der Öffentlichkeit für die Gleichstellung homosexueller Paare und hatte bereits 2013 eine entsprechende Bundesratsinitiative eingebracht.

- **Bundesratsinitiativen und Anträge auf Gleichstellung von LSBTI**

Das Land Rheinland-Pfalz unternimmt weitere Bundesratsinitiativen und unterstützt andere Bundesländer bei entsprechenden Initiativen und Anträgen. So hat die Landesregierung im Mai 2017 einen Entschließungsantrag zur Aufhebung des in weiten Teilen verfassungswidrigen Transsexuellengesetzes (TSG) sowie zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung in den Bundesrat eingebracht. Der Bundesrat hat diesen Antrag am 2. Juni 2017 beschlossen. Im Mai 2018 brachte Rheinland-Pfalz eine weitere Bundesratsinitiative für ein Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung in den Bundesrat ein. Die Vorlage wurde bis zum Wiederaufruf vertagt.

Für die Schaffung eines entsprechenden Gesetzes hat sich das Familienministerium auch im Rahmen des Verfahrens zum „Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben“ eingesetzt, das am 22. Dezember 2018 in Kraft getreten ist und das den Geschlechtseintrag „divers“ im Geburtsregisterermöglicht hat.

Eine weitere Stellungnahme des Familienministeriums setzte sich im Mai 2019 kritisch mit dem Referentenentwurf zur Neuregelung der Änderungen des Geburtseintrags des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz wegen der uneinheitlichen und für trans- und intergeschlechtliche Menschen als diskriminierend empfundenen Verfahren auseinander.

Im Sommer 2018 trat Rheinland-Pfalz einer Gesetzesinitiative des Landes Berlin zur Ergänzung von Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz durch die Wörter „seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität“ bei. Die Abstimmung über den Gesetzesantrag erfolgte jedoch nicht, sie wurde vertagt.

Rheinland-Pfalz hat außerdem im April 2019 die Bundesratsinitiative mehrerer Länder zum Verbot der sogenannten „Konversionstherapien“ unterstützt und befürwortet den entsprechenden Gesetzentwurf des Bundes, auch wenn das dort vorgesehene Verbot als nicht weitreichend genug betrachtet wird. Homo- und Transsexualität sind keine zu therapierenden Krankheiten, sondern Ausdruck der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt der Menschen.

Darüber hinaus setzt das Land sich für eine Neuregelung des Abstammungsrechts ein, die Regenbogenfamilien nicht mehr gegenüber heterosexuellen Paaren benachteiligt. In zweigeschlechtlichen Ehen gilt bislang automatisch der Ehemann

als Vater eines Kindes, das in einer Ehe zur Welt kommt. Bei lesbischen Ehepaaren muss die Co-Mutter ein von ihrer Ehefrau geborenes Kind im Rahmen einer regulären Stiefkindadoption adoptieren, in dem u.a. ihre Eignung als Adoptivmutter festgestellt wird. Auch ist die Eintragung von transidenten Eltern in die Geburtsurkunde des Kindes derzeit nur mit ihrem ursprünglich zugewiesenen Geschlecht möglich.

Weiterhin fehlt bislang eine Lösung für transidente Menschen für Handelsregistereinträge analog des Beschlusses des Bundesgerichtshofes im Hinblick auf die Grundbücher.[34]

- **Rechtsgutachten zum merkmalsübergreifenden landesrechtlichen Diskriminierungsschutz**

Im Auftrag der Landesantidiskriminierungsstelle im Familienministerium wurde ein Rechtsgutachten erstellt, mit dem geprüft wurde, inwiefern der landesgesetzliche Diskriminierungsschutz für alle geschützten persönlichen Eigenschaften, inklusive sexuelle Identität, europarechtlichen Vorgaben entspricht. Dies sind im Wesentlichen die vier Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien, auf denen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) basiert. Darin sind allerdings die in alleiniger Länderzuständigkeit liegenden Bereiche des öffentlich-rechtlichen Handelns, einschließlich der staatlichen Bildung, nicht abgedeckt. Das bedeutet für alle geschützten Benachteiligungsgründe einen geringeren Diskriminierungsschutz als etwa in anderen europäischen Mitgliedsländern. Das Gutachten zeigt Lücken in der Umsetzung europäischer Richtlinien auf und empfiehlt die Verabschiedung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes. Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz wird das Vorhaben eines merkmalsübergreifenden Landesgesetzes weiter verfolgen.

Anliegen für die Zukunft

- **Einsatz für rechtliche Gleichstellung fortsetzen**

Die Landesregierung wird sich auch weiterhin im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten auf Bundesebene für die rechtliche Gleichstellung von LSBTI einsetzen. Dazu gehören unter anderem die Aufhebung des TSG und die Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung, die Ergänzung von Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz durch sexuelle und geschlechtliche Identität, die Gleichstellung von LSBTI im Abstammungsrecht, die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans zur rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung von LSBTI sowie die Durchführung einer Gedenkstunde für LSBTI-Opfer im Bundestag.

[34] Gemäß des BGH-Urteils kann nach einer Namensänderung ein neues Grundbuchblatt beantragt werden; das alte wird geschlossen. Auf diesem ist der Grund für die Schließung vermerkt, auf dem neuen Blatt stehen lediglich die aktuellen Daten. Eine Einsichtnahme in das alte Blatt ist nur aus besonderen Gründen des öffentlichen Interesses i.S.d. § 5 Abs. 1 TSG gerechtfertigt. Diese wird als vorbildlich betrachtete Regelung auch für andere behördliche Eintragungen wie beispielsweise in das Handelsregister gefordert.

2.2. Regeleinrichtungen öffnen

In Kindheit und Jugend werden wichtige Grundlagen für die Herausbildung der Identität eines Menschen gelegt. Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen in Bezug zu individuellen Eigenschaften wirken sich nachteilig auf das Selbstbild und demzufolge auf die Entwicklung einer starken und selbstbestimmten Persönlichkeit aus.

Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche und ihre Familien betreuen und bilden, haben einen großen Einfluss auf die Selbstwahrnehmung von jungen Menschen. Kinder und Jugendliche, deren Geschlechtsidentität oder sexuelle Orientierung nicht den nach wie vor vorherrschenden heteronormativen Vorstellungen entsprechen, sind einem hohen Diskriminierungsrisiko ausgesetzt, insbesondere in der Schule.

Es ist die Aufgabe von Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie Familieneinrichtungen und Beratungsstellen, ein Verständnis von einer vielfältigen Gesellschaft als Normalität zu fördern und allen Kindern und Jugendlichen in allen Bildungsstufen die gleichen Chancen zu eröffnen, sich und ihre Fähigkeit zur Selbstbestimmung auf Grundlage ihrer individuellen Bedürfnisse und Neigungen entwickeln zu können.

Bei dieser Aufgabe werden die Regeleinrichtungen durch die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen unterstützt, wie beispielsweise bei der angemessenen Behandlung des Themas sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in schulischen Lehrplänen oder bei der Stärkung der Kompetenzen bei Lehrpersonal und Fachkräften.

Den Queer-Organisationen ist es insgesamt ein Anliegen, dass in den Ausbildungs- und Studiengängen der Fachkräfte aller Fachrichtungen verpflichtende Module zur Akzeptanz von Vielfalt und LSBTI implementiert werden.

Ausgewählte Maßnahmen

Familie, Kinder und Jugend

- **Sensibilisierung der Familieneinrichtungen und Beratungsstellen zu Regenbogenfamilien**

In Kooperation mit der Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“[35] werden die Häuser der Familie bzw. Mehrgenerationenhäuser, die Lokalen Bündnisse für Familie, Familienbildungsstätten und Familienzentren über LSBTI und Regenbogenfamilien informiert. Über den Newsletter der Servicestelle werden regelmäßig relevante Informationen an die Institutionen weitergegeben.

Das Thema „geschlechtliche und sexuelle Identität“ wurde bei einem Fachtag der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungs- und Familienberatung Rheinland-Pfalz e.V.[36] im Mai 2019 platziert. In ihrem Grußwort ging Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, ausführlich auf LSBTI und intergeschlechtliche Kinder ein.

[35] https://www.servicestelle-netzwerk-familie.de/home.html
[36] https://www.lag-rp.de/index.php/ueber-uns.html

- **Projekt „Familienvielfalt“**

Mit Förderung durch das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz unterstützt das von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. getragene Projekt „Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien“[37], kurz „Familienvielfalt“, nahezu flächendeckend die Öffnung der Regeleinrichtungen für Familien, Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf LSBTI. Die fünf Koordinator*innen beraten die Einrichtungen und bieten für Fachkräfte Fortbildungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an. Anlass- und bedarfsbezogen werden Schwerpunkte gesetzt wie beispielsweise zur Wahrnehmung und Akzeptanz von LSBTI in Familien mit Migrationshintergrund oder zur Lebenssituation von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen.

- **Qualifizierung für Fachkräfte und Beratung von Einrichtungen im Bereich Kinder, Jugend und Familie**

In den Seminaren des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums kommt das Thema Regenbogenfamilien immer wieder in unterschiedlichen Kontexten zur Sprache. Auch die Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. greift das Themenfeld geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in ihren Veranstaltungen und Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte kontinuierlich auf.

Die dgti e.V. hat in Zusammenarbeit mit pro familia e.V.[38] und der Heinrich Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz e.V.[39] in Mainz mehrere Fachtagungen für Pädagog*innen und Erzieher*innen angeboten, um schwerpunktmäßig über Transidentität im Kinder- und Jugendalter zu informieren und Fachkräften praxisnahe Hinweise zu geben.

Der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (DKSB)[40] hat das Thema Familienvielfalt in Bezug auf LSBTI sowohl auf seiner Jahreskonferenz 2016 als auch in Regionaltreffen der Elternkursleiter*innen in den Blick genommen.

- **Angebote für LSBTI öffnen und LSBTI ansprechen**

Die evangelische psychologische Beratungsstelle Mainz hat in ihrem durch das Familienministerium geförderten Flyer ihre Beratungsangebote für Regenbogenfamilien[41] ausführlich aufgelistet, diese bei den anderen Beratungsstellen vorgestellt und sie zu ähnlichen Aktivitäten angeregt.

Im „Ratgeber Familie“[42] des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz werden LSBTI in unterschiedlichen Familiensituationen angesprochen und aktuelle Informationen zu Regenbogenfamilien kontinuierlich ergänzt.

[37] https://www.queernet-rlp.de/projekte/familienvielfalt

[38] https://profamilia.de/angebote-vor-ort/rheinland-pfalz.html

[39] https://boell-rlp.de

[40] https://www.kinderschutzbund-rlp.de/

[41] https://www.erziehungsberatung-mz.de/angebot/regenbogen-familien/

[42] https://ratgeberfamilie.rlp.de/de/startseite/

- **Dritte Möglichkeit zur Geschlechtsangabe in Formularen und Vordrucken**

Der Landesjugendring[43] und das Landesjugendamt[44] haben die Anträge und Formulare für Maßnahmen der Jugendarbeit, die von öffentlichen und freien Trägern umgesetzt werden, überarbeitet: Bei der Angabe des Geschlechts wurde neben der Angabe „divers" auch die Möglichkeit ergänzt, das Geschlecht offenzulassen. Ebenso wurden die Antragsformulare zur Beantragung von Elterngeld angepasst.

- **Gesamtstrategie Familienpolitik: Anerkennung und Wertschätzung aller Familienformen stärken**

Ministerin Anne Spiegel betont in ihren öffentlichen Reden und Statements regelmäßig die Anerkennung aller Familienformen und wirbt für einen weiten Familienbegriff. Eine Wanderausstellung in rheinland-pfälzischen Familieninstitutionen zu vielfältigen Familienformen in Kinderbüchern wie auch ein Postkartenwettbewerb unter Studierenden der Hochschule Trier im Rahmen der rheinland-pfälzischen Initiative „Familie – ein starkes Stück" sind Ausdruck dieses Familienverständnisses.

Kindertageseinrichtungen

- **Kita-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt"**

Gefördert durch das Familienministerium wird seit 2015 der Kita-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt"[45] kostenfrei über die Koordinator*innen des Projekts „Familienvielfalt" von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. an Kitas ausgeliehen. Die fünfzehn Koffer enthalten Spiele und Bücher, die dazu beitragen sollen, die Akzeptanz von unterschiedlichen Familienformen zu fördern und individuelle Unterschiede unter Kindern und Familien als Bereicherung wertzuschätzen. Ergänzt wird das Material durch Informationen für pädagogische Fachkräfte.

Schule

- **Aus- und Fortbildung von Lehrkräften**

In Studium und Vorbereitungsdienst von Lehrkräften sind die Themen Sozialisation, Erziehung, Bildung, Integration, Werteerziehung und Sexualerziehung verpflichtend implementiert worden. In der Fort- und Weiterbildung für Lehrer*innen wird das Thema Vielfalt im Rahmen von verschiedenen Regelangeboten und Projekten behandelt, so unter anderem im modularen Fortbildungskonzept „Sexualerziehung in der Schule" der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V., in spezifischen Fortbildungen zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt des Pädagogischen Landesinstituts sowie im Kurs zum Programm „Prävention im Team"[46] zur Stärkung sozialer Kompetenzen von Schüler*innen, der in Zusammenarbeit von Landeskriminalamt und Pädagogischem Landesinstitut angeboten wird.

Darüber hinaus wird auf der jährlichen Fortbildung für Verbindungslehrkräfte regelmäßig im

[43] https://www.ljr-rlp.de/
[44] https://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/kinder-jugend-und-familie/landesjugendamt/
[45] https://www.queernet-rlp.de/projekte/kita-koffer
[46] https://schulpsychologie.bildung-rp.de/landesweite-fortbildungsangebote/praevention-im-team.html

Rahmen eines Workshops durch ein Team das Schulaufklärungsprojekt SCHLAU vorgestellt.

- **Vielfalt im Lehrplan**

In Gesellschaftslehre[47] und in den Gesellschaftswissenschaften[48] sind die Themen sexuelle und geschlechtliche Identität sowie Diversity 2016 in die Lehrpläne aufgenommen worden. Die Lehrpläne für die Oberstufe werden bei der nächsten anstehenden Überarbeitung entsprechend ergänzt.

- **Vielfalt im Orientierungsrahmen Schulqualität**

In die 5. Auflage des Orientierungsrahmens Schulqualität (ORS)[49] von 2017 ist die Förderung der „Akzeptanz von Menschen mit unterschiedlichen Lebensweisen" und die Berücksichtigung des „sensiblen Prozesses der sexuellen Identitätsfindung der Jugendlichen" durch das schulische Personal aufgenommen worden.

- **Unterstützung der Schulen im Umgang mit transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Schüler*innen**

An den Schulen bestehen gewisse Unsicherheiten im Umgang mit transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Schüler*innen, beispielsweise im Hinblick auf Namensänderungen in Zeugnissen oder die Nutzung von Toiletten und Umkleiden. Um zu einer Verbesserung der Situation von transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Schüler*innen beizutragen und Lehr- und Leitungskräften Handlungssicherheit zu geben, erarbeitet das Ministerium für Bildung in Zusammenarbeit mit dem Referat Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität des Familienministeriums, dem Pädagogischen Landesinstitut, der ADD Trier[50], QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., der dgti e.V. und Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband, eine Handreichung für Schulen.

- **Grundschulkoffer Vielfalt**

Analog zum erfolgreichen Kita-Koffer hat QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. mit Förderung des Ministeriums für Bildung altersgerechte Bücher und Spiele zusammengestellt, welche durch pädagogisches Begleitmaterial ergänzt werden. Der „Grundschulkoffer Vielfalt" beinhaltet Bücher und Spiele, die Menschen mit Beeinträchtigung zeigen, Regenbogenfamilien, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen verschiedener Religionen, aber auch Kinder, die aus weniger begüterten Elternhäusern kommen, und Kinder, die schwul, lesbisch, transident oder intergeschlechtlich sind.

Es stehen fünf Koffer beim Schulpsychologischen Dienst[51], beim Studienseminar Grundschule sowie bei den landesweiten Grundschulberater*innen zur Ausleihe bereit.

[47] https://gesellschaftslehre.bildung-rp.de/rahmenlehrplan.html
[48] https://lehrplaene.bildung-rp.de/index.php?id=4308&keyword=gesellschaftswissenschaftlichen%20F
[49] https://ors.bildung-rp.de/
[50] https://pl.bildung-rp.de/
[51] https://schulpsychologie.bildung-rp.de/

Anliegen für die Zukunft

- **Ansprechstellen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Schulen einrichten**

Um Diskriminierungen von Schüler*innen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität zu bekämpfen und die Vielfaltskompetenzen von Schüler*innen und Lehrkräften zu erhöhen, befürworten LSBTI-Organisationen die Einrichtung von **Ansprechstellen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt oder auch merkmalsübergreifende Ansprechstellen bei Diskriminierung**. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. ist es ein Anliegen, dass diese Ansprechstellen verpflichtend eingerichtet werden.

2.3. Gegen Diskriminierung vorgehen

Solange die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten keine vollständige Akzeptanz erfährt, müssen LSBTI vor Diskriminierungen geschützt werden und sich bei Diskriminierungserfahrungen wehren können. So ist zu gewährleisten, dass Opfer von Beleidigungen und gewalttätigen Übergriffen eine sensible, sachliche und kompetente Unterstützung durch die verschiedenen Anlaufstellen erhalten.

Deshalb setzt die Landesregierung unterschiedliche Maßnahmen um, wie die Sensibilisierung und Ausbildung von Polizeibediensteten oder die Förderung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. Diese Interessenvertretung ist auch Mitglied im von der Landesregierung über Projektförderungen finanzierten Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz[52], einem Zusammenschluss landesweit tätiger Interessenvertretungen. Diskriminierungen gegenüber LSBTI werden zusammen mit Diskriminierungen gegenüber anderen Personengruppen im Netzwerk thematisiert und merkmalsübergreifende Projekte und Maßnahmen dagegen entwickelt.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Ansprechstelle und Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei**

Durch verschiedene Studien ist bekannt, dass viele Straftaten mit homo- oder trans*feindlichem Hintergrund nicht zur Anzeige gebracht oder nicht als solche behandelt werden[53]. Eine zentrale „Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ (AGL)[54] sowie Ansprechpersonen in allen rheinland-pfälzischen Polizeibehörden wirken dieser Entwicklung entgegen: Sie leisten Öffentlichkeitsarbeit und stehen Gewaltopfern beratend zur Seite. Sie sind Ansprechpersonen für LSBTI in der Polizei, gleichzeitig sensibilisieren sie Kolleg*innen im Polizei-

[52] http://antidiskriminierungsnetzwerk-rlp.de/
[53] siehe dazu die Jahresreports von Maneo – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin, aktuell „Maneo-Report 2018, Teil 1“, http://www.maneo.de/fileadmin/user_upload/dateien/MANEO-Report-2018-online_Teil_1.pdf, sowie die Studie zur „Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in Rheinland-Pfalz“, 2015, S. 61 ff, https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Langfassung.pdf
[54] https://www.polizei.rlp.de/de/die-polizei/ueber-uns/ansprechstellen/ansprechstelle-fuer-gleichgeschlechtliche-lebensweisen-agl/

dienst für das Erkennen und die Verfolgung LSBTI-bezogener Hasskriminalität.

- **Vielfalt in der Polizeiausbildung**

Das Thema Vielfalt, und dabei auch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, wurde vom Ministerium des Innern und für Sport in die Polizeiausbildung aufgenommen (Curriculum[55] der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz für den Bachelorstudiengang Polizeidienst, Lehrveranstaltung „Professioneller Umgang mit Vielfalt").

Die Studierenden sollen über grundlegendes Wissen zur Arbeit der Landesantidiskriminierungsstelle, zum Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz und zur Landesstrategie Vielfalt[56] verfügen. Sie lernen das Konzept der Vielfalt kennen und die Relevanz von Vielfalt für die Polizeiarbeit verstehen.

- **Beratung durch die Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz**

Seit Januar 2012 fungiert die im Familienministerium angesiedelte Landesantidiskriminierungsstelle (LADS)[57] auch als landesweite Anlaufstelle für von Diskriminierung betroffene Menschen nach dem horizontalen und merkmalsübergreifenden Arbeitsansatz, das heißt unabhängig davon, aus welchem Grund die Diskriminierung stattgefunden hat. Im Vordergrund stehen dabei die durch das AGG geschützten Diskriminierungstatbestände ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Identität. Die LADS informiert Ratsuchende über ihre rechtlichen Möglichkeiten und vermittelt seit Mitte 2018 bei Bedarf auch eine kostenlose rechtliche Erstberatung[58]. Die Nachfrage nach diesem Angebot steigt kontinuierlich.

Auch aus dem Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz werden Beschwerden an die Landesantidiskriminierungsstelle übermittelt, die diese an die Rechtsberatung weiterleitet, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind.

2.4. Vielfalt in der Arbeitswelt erhöhen und Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung schützen

Eine berufliche Qualifikation und ein Arbeitsplatz sind nicht nur die Voraussetzung für den selbstständigen Erwerb des Lebensunterhalts, sondern auch eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und gesellschaftlichen Teilhabe.

Studien[59] zeigen, dass LSBTI gerade in der Arbeitswelt vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt sind, wobei transidente Menschen besonders stark betroffen sind. Dies führt nicht nur zu individuellen Belastungen bis hin zu Depressionen und Burn-Out, sondern hat aufgrund der nicht

[55] https://www.polizei.rlp.de/de/karriere/studieren-bei-der-polizei/studium/bachelorstudiengang-polizeidienst/studieninhalte/
[56] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/ antidiskriminierungsstelle/strategie-vielfalt/
[57] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/ antidiskriminierungsstelle/
[58] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/ antidiskriminierungsstelle/kostenlose-rechtsberatung/
[59] So zum Beispiel die Studie „Out im Office!? Sexuelle Identität, (Anti-)Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz" von 2017, https://www.diversity-institut.info/studien_ida.html

ausgeschöpften Leistungsfähigkeit der betroffenen Mitarbeitenden Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Organisationen.

Die Landesregierung sieht sich hier in zweifacher Hinsicht in der Pflicht, gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz vorzugehen und ein Klima der Akzeptanz zu fördern: zum einen als Arbeitgeberin, zum anderen als Impulsgeberin für die rheinland-pfälzische Privatwirtschaft.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Förderung der personellen Vielfalt**

Das Thema Vielfalt findet Berücksichtigung in der Personalentwicklung der Ressorts. In Anlage 3b wurde der Punkt „Vermittlung von Vielfalt (Diversity Management)“ aufgenommen.

Im Personalentwicklungskonzept der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord[60] werden LSBTI in einem Handlungsfeld gemäß dem Rahmenkonzept der Landesregierung aufgegriffen. Entsprechende Konzepte anderer Ressorts befanden sich zur Zeit der Berichtslegung in der Überarbeitung.

- **Fortbildungen zu Vielfalt und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz**

Im Fortbildungskatalog des Ministeriums des Innern und für Sport wird sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Rahmen von Fortbildungsangeboten zu Diversity thematisiert, die von den Bediensteten aller Ressorts wahrgenommen werden können. Zudem führte das Ministerium des Innern und für Sport 2019 im Schwerpunktjahr „Diversity-Management“ zur Umsetzung der Charta der Vielfalt[61] eine sogenannte Sommerakademie zum Thema Diversity durch.

Die Ressorts der Landesregierung kommen ihrer Pflicht nach, Schulungen zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) für ihre Bediensteten anzubieten. So steht im Intranet des Ministeriums der Justiz beispielsweise dauerhaft ein Online-Fragebogen inklusive Test zum AGG zur Verfügung. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hat allen Mitarbeitenden eine Online-Schulung angeboten, ein Merkblatt zum AGG entwickelt und eine Beschwerdestelle mit Ansprechpersonen eingerichtet. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bietet Fortbildungen zum AGG an, ebenso wie das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

[60] https://sgdnord.rlp.de

[61] https://www.charta-der-vielfalt.de/

- **Fortbildung zum Thema Trans* und Diversität für Personalentwickler*innen der Landesregierung und Mitarbeitende im MFFJIV**

Am 6. Februar 2020 führte das Referat gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität einen Workshop für Personalentwickler*innen und Mitarbeitende des MFFJIV zum Thema „Transidentität im Kontext von Diversität" durch, um für den Umgang mit transidenten Menschen und Diversität im Arbeitsprozess und Personalbereich zu sensibilisieren. Der Workshop wurde geleitet von Dr. Livia Prüll, Historikerin, Medizinerin und Trans*-Aktive.

- **Stärkung des Themas „Vielfalt" im Freiwilligen Ökologischen Jahr**

Die vom Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten anerkannten Träger des Freiwilligen Ökologischen Jahrs (FÖJ)[62] haben umfassende Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt umgesetzt. So hat die Werbekampagne „Vielfalt im FÖJ – Wir grenzen keinen aus" dazu beigetragen, dass sich gezielt auch LSBTI-Jugendliche für das FÖJ bewerben. Seit dem FÖJ-Bewerbungsverfahren des Jahres 2019/20 werden rechtskonform alle Datenerhebungen mit der Möglichkeit versehen, das Geschlecht als „weiblich", „männlich" oder „sonstiges/divers" anzugeben. Das pädagogische Konzept des FÖJ sieht die Berücksichtigung gesellschaftlicher Vielfalt auch unter dem Aspekt Geschlecht und sexuelle Orientierung vor, auch die Auswahl der Einsatzstellen für die Jugendlichen erfolgt unter Vielfaltsaspekten.

[62] https://www.foej-rlp.de/foej-und-oebfd-in-rheinland-pfalz/

- **Initiierung des Netzwerks „Queer durch die Ministerien" für Mitarbeitende in der Landesregierung**

Die Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, und das für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zuständige Fachreferat im Familienministerium haben LSBTI-Mitarbeitende der Landesregierung im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen" zum Austausch über die Erfahrungen mit der Landesregierung als Arbeitgeberin und zur Vernetzung der LSBTI-Mitarbeitenden untereinander eingeladen. Ergebnis des Treffens im März 2019 war die Gründung eines privaten Stammtischs für LSBTI-Mitarbeitende der Landesregierung, der dem dauerhaften Austausch und der Planung gemeinsamer Aktivitäten zum Thema Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBTI dient.

2.5. LSBTI-Belange in Medizin und Pflege berücksichtigen

Auch heute noch bestehen Zugangs- und Versorgungsbarrieren von LSBTI im Gesundheitswesen und in der Pflege.

Sowohl von Trans*Organisationen als auch von Expert*innen auf medizinischer Seite wird darauf hingewiesen, dass die Gesundheitsversorgung von transidenten Menschen in Deutschland weder im somatischen noch im psychischen Bereich in zufriedenstellendem Maße bedürfnis- und bedarfsgerecht ist. Gutachtenverfahren, an die auch die Kostenübernahme für geschlechtsangleichende Operationen geknüpft sind, sind langwierig und psychisch belastend, werden von nur wenigen

kompetenten Fachleuten vorgenommen und schließen die geschlechtliche Selbstbestimmung aus.

Die Beratung und Behandlung intergeschlechtlicher Menschen ist insbesondere für mittlerweile erwachsene Inter* häufig eine lange Leidensgeschichte voller Zweifel an der eigenen Identität und körperlicher Einschränkungen durch „geschlechtsvereindeutigende" Operationen im Kindes- und Jugendalter. Deshalb gilt es, das langsam wachsende Verständnis für Geschlechtsvariationen weiter zu stärken, Eltern neugeborener intergeschlechtlicher Kinder kompetent zu beraten und die (Fach-)Öffentlichkeit über Intergeschlechtlichkeit zu informieren.

Viele queere Menschen, die heute im Senior*innenalter sind, haben Tabuisierungen, schwere Diskriminierungen und strafrechtliche Verfolgungen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität erfahren. Sie wünschen sich, im Alter selbstbestimmt und ohne Angst leben zu können und bei Bedarf von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen diskriminierungsfrei behandelt zu werden.

Die Landesregierung setzt sich gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen für eine gesundheitliche Versorgung und Pflege von LSBTI ein, die sich in jedem Lebensalter an den jeweiligen Bedürfnissen der Menschen orientiert und einen qualifizierten, respektvollen Umgang sicherstellt.

In diesem Sinne werden Maßnahmen gefördert, die zur Sensibilisierung und Information der Öffentlichkeit beitragen sowie das Wissen und die Kompetenzen von medizinischen, therapeutischen und pflegenden Fachkräften erweitern.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Berücksichtigung von LSBTI in Einrichtungen der Kranken- und Altenpflege**

Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung e.V. hat 2018 die in Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. erarbeitete Broschüre „Pflege unterm Regenbogen – Über den Umgang mit homosexuellen, bisexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in der Kranken- und Altenpflege" herausgegeben[63]. Der Leitfaden richtet sich an Pflegeschüler*innen sowie an Lehrkräfte in Kranken- und Altenpflegeschulen. Der Leitfaden steht als Printpublikation und als pdf-Datei zum Download zur Verfügung.

Zudem bietet QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. im Rahmen des Projekts „Familienvielfalt"[64] Fortbildungen für Fachkräfte der Senior*innenarbeit und Altenpflege an.

- **LSBTI in der Ausbildung von Hebammen**

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. steht mit allen Hebammenschulen in Rheinland-Pfalz in Kontakt und bietet in seinem Projekt „Familienvielfalt" regelmäßig Fortbildungen für die Auszubildenden beziehungsweise Studierenden zum Thema LSBTI an.

[63] https://lzg-rlp.de/files/LZG-Shop/Gesundheit%20im%20Alter_Download/Bro_Pflege_Regenbogen.pdf
[64] https://www.queernet-rlp.de/wp-content/ uploads/Flyer_Familienvielfalt_Fortbildung_2019.pdf

- **Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von intergeschlechtlichen Kindern und ihren Familien**

Im Jahr 2018 fanden unter Federführung der Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, vier Fachgespräche mit Vertreter*innen des Wissenschafts- und des Gesundheitsressorts, der Universitätsmedizin sowie Interessenvertretungen intergeschlechtlicher Menschen statt. Ziel war die Verhinderung medizinisch nicht notwendiger Operationen an intergeschlechtlichen Kindern an Kliniken in Rheinland-Pfalz und die Gewährleistung einer fachlich und psychologisch kompetenten Beratung und Betreuung der Familien.

Ein Ergebnis dieser Gespräche sind zwei Flyer („Was ist es denn? Ihr intergeschlechtliches Kind“[65] und „Alle sind willkommen – Akzeptanz von intergeschlechtlichen Kindern und ihren Familien“[66]), die vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit den Queer-Gruppen entwickelt worden sind. Die Flyer richten sich sowohl an Eltern intergeschlechtlicher Kinder als auch an Regeleinrichtungen und Fachkräfte wie Ärzte*innen und Pflegekräfte, Hebammen und Fachkräfte in der Schwangeren(konflikt)beratung, Familieneinrichtungen, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen, Kindertagesstätten und Schulen. Sie sensibilisieren und informieren zum Thema Inter-geschlechtlichkeit und benennen Anlaufstellen für Beratung und Unterstützung. Die Flyer können kostenfrei über die Website www.regenbogen.rlp.de bestellt werden.

Darüber hinaus können Fachkräfte Fortbildungen bei Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband, der dgti e.V. und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. abrufen.

Das Thema Intergeschlechtlichkeit wurde in die Lehrpläne des zweiten Ausbildungsjahres in der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Schule für Hebammenwesen an der Universitätsmedizin Mainz aufgenommen.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz ist weiterhin mit der Universitätsmedizin und der Landesärztekammer bezüglich Sensibilisierung und Aufnahme des Themas Intergeschlechtlichkeit in Fortbildungen für Ärzteschaft und medizinisches Fachpersonal im Gespräch.

Zudem hat das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz einen Antrag für die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) auf den Weg gebracht, der zum Ziel hat, intergeschlechtliche Kinder vor nicht lebensnotwendigen Operationen zu schützen, die Beratung und Versorgung von Kindern Jugendlichen, jungen Erwachsen und ihren Eltern zu verbessern und zu mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz von intergeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihren Familien in der Gesellschaft beizutragen. Der rheinland-pfälzische Antrag wurde von der JFMK am 27. Mai 2020 einstimmig beschlossen.

[65] https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Flyer_Eltern_Intergeschlechtliche_Kinder.pdf
[66] https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Flyer_Regeleinrichtungen_Intergeschlechtliche_Kinder.pdf

Darüber hinaus hat sich das Familienministerium im Februar 2020 in einer Stellungnahme an das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz kritisch mit dem Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen auseinandergesetzt und ein Verbot der Änderung oder Angleichung von Geschlechtsorganen von Kindern gefordert.

- **Fortbildungen zu Transidentität für Therapeut*innen und Mediziner*innen**

Die dgti e.V. führt regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen für Therapeut*innen und Mediziner*innen zur Beratung, Betreuung und Behandlung von transidenten Menschen im Kindes-, Jugendlichen- und Erwachsenenalter durch. Die dgti e.V. verzeichnet einen regen und stetig steigenden Zuspruch durch die Fachkräfte.

- **Ausbildung für Trans*Beratende**

Seit 2016 bietet die dgti e.V. eine Ausbildung zur*m Peer-Trans*Beratenden in fünf Modulen mit Förderung durch die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland an. Dadurch wird eine qualifizierte psychosoziale und sozialrechtliche Begleitung ermöglicht. Auf diese Weise konnten bereits an acht Orten in Rheinland-Pfalz Beratungsangebote realisiert werden; weitere sind in Vorbereitung.

2.6. Vielfalt im Sport fördern

Jede*r dritte Bürger*in ist Mitglied in einem der über 6.000 Sportvereine in Rheinland-Pfalz. Unter dem Motto „Sport für alle“ kann der organisierte Breitensport eine große integrative Wirkung für die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Individuen entfalten.

Doch hat der Sport aufgrund der Körperorientierung in Bereichen, in denen der Leistungs- beziehungsweise Wettbewerbsaspekt im Vordergrund steht, auch ein hohes Potenzial für Tabuisierung und Ausgrenzung queerer Menschen.

Die Landesregierung und ihre Partner*innen unterstützen den Vielfaltsgedanken im Sport, indem sie beispielsweise den Dialog mit Sportvereinen und Sportverbänden suchen und Sportprojekte fördern, die für Akzeptanz werben.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Förderung der Vielfalt im Sport durch den Landessportbund Rheinland-Pfalz e.V.**

Die erfolgreiche Integration vieler sozialer Gruppen ist eine wichtige Basis sportlicher Aktivitäten im organisierten Sport. Dieser offene Ansatz findet seinen Ausdruck auch in der Satzung[67] des Landessportbundes Rheinland-Pfalz e.V.[68], deren Neufassung 2016 durch die Vertreter*innen der Mitgliederorganisationen Sportbund Pfalz e.V.[69], Sportbund Rheinland e.V.[70] und Sportbund Rheinhessen e.V.[71] beschlossen wurde. Der Landessportbund verpflichtet sich darin, sich für die

[67] https://www.lsb-rlp.de/images/stories/lsbrlp/09_2017_Satzung_LSB.pdf
[68] https://www.lsb-rlp.de/
[69] https://www.sportbund-pfalz.de/sportbund_pfalz-2.html
[70] https://www.sportbund-rheinland.de/index.php?id=16
[71] https://sportbund-rheinhessen.de/

„Gleichberechtigung aller Menschen im Sinne einer nachhaltigen Sportentwicklung“ einzusetzen und verurteilt „jegliche Form von Gewalt“.

Der kontinuierliche Austausch zwischen dem Ministerium des Innern und für Sport und dem Landessportbund Rheinland-Pfalz e.V. zur Verbesserung der Teilhabe von LSBTI im Sport wird fortgesetzt.

- **Förderung der Akzeptanz von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen im Deutschen Olympischen Sportbund**

Auf Initiative der dgti e.V. befasst sich der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB)[72] seit 2017 in einer internen Arbeitsgruppe mit den Themen Transidentität und Intergeschlechtlichkeit. Informationen zu Arbeitsergebnissen sowie aktuelle Hinweise und Materialien zu sexueller und geschlechtlicher Identität finden sich seitdem auf der Webseite[73] des Verbandes. Außerdem unterstützt der DOSB die Eurogames 2020[74] in Düsseldorf.

- **Förderung von Sportprojekten zum Thema Vielfalt**

Sportveranstaltungen, wie beispielsweise Fußballturniere, können durch das Ministerium des Innern und für Sport mit Sachpreisen unterstützt werden. So sind im Berichtszeitraum verschiedene Turniere durch die Bereitstellung von Pokalen gefördert worden, beispielsweise die Streetkick-Veranstaltungen in Mainz. Darüber hinaus war das Ministerium an der Planung und Konzepterstellung dieses Straßenfußballturniers beteiligt.

Anliegen für die Zukunft

- **Zielvereinbarung zwischen QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und den Sportbünden des Landes**

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. strebt eine Zielvereinbarung zwischen den Sportbünden des Landes und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. an, wie dies bereits mit dem Fußballverband Rheinland e.V.[75] geschehen ist.

2.7. Vielfalt in der Landesregierung fördern

„Vielfaltspolitik bereitet bereits heute den Weg zu einem guten und friedlichen Miteinander – auch in längerfristiger Perspektive. […] Der wertschätzende Umgang mit Unterschieden ist Ausdruck unseres demokratischen Menschenbildes eines friedlichen Zusammenlebens in einer offenen Gesellschaft.“

Dieses Prinzip, das die Landesregierung in ihrer „Strategie Vielfalt“[76] verfolgt, schlägt sich auch in den Maßnahmen nieder, die die Ressorts und nachgeordneten Behörden der Landesverwaltung zur Förderung der Vielfalt und Vermeidung von Diskriminierungen ergreifen. Vielfalt und Antidiskriminierung werden in dieser Strategie immer

[72] https://www.dosb.de/
[73] https://gleichstellung.dosb.de/themen/wir-fuer-vielfalt/
[74] https://www.eurogames2020.de/de/
[75] https://www.fv-rheinland.de/
[76] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/ antidiskriminierungsstelle/strategie-vielfalt/

merkmalsübergreifend und horizontal, also gleichberechtigt zwischen den geschützten Eigenschaften gedacht und umgesetzt. Die Maßnahmen im Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen“ sind Bestandteil der Gesamtstrategie der Landesregierung.

Demnach ist es Aufgabe jedes Ressorts, in seiner Zuständigkeit Vielfaltsstrategien zu entwickeln und sich Teilziele zu setzen. Dazu gehören entsprechende Leitbilder, die Berücksichtigung einer geschlechtergerechten Sprache oder einzelne öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Diversity-Ansatz im Leitbild**

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hat 2016 den Diversity-Ansatz in sein Führungsleitbild aufgenommen. Darin ist die Förderung der Chancengleichheit, die Bekämpfung von Diskriminierung und die Anerkennung der vielfältigen Kompetenzen der Mitarbeitenden festgeschrieben.

- **Schwerpunktjahr „Diversity-Management“ 2019 im MFFJIV**

Auf Initiative der Landesantidiskriminierungsstelle und zur Umsetzung der Führungsgrundsätze in Bezug auf die merkmalsübergreifend umzusetzende „Diversity“ hat das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Anlässlich des siebten Diversitytages wurde am Haupt- und Nebeneingang des Ministeriums durch Ministerin Anne Spiegel jeweils ein Schild enthüllt, mit dem sich das Ministerium sichtbar als Unterzeichner der Charta der Vielfalt präsentiert. Außerdem wurde erstmals eine interne Fortbildungsreihe zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz durchgeführt, die in Kooperation zwischen dem Personalreferat und der Landesantidiskriminierungsstelle umgesetzt wurde.

Im Rahmen eines Mitarbeiterforums hat Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, die Bediensteten des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz 2019 zu transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen informiert, mit besonderem Augenmerk auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober .2017 zur Berücksichtigung von Menschen, die sich nicht den Kategorien Mann oder Frau zuordnen. Zudem wurden die Toiletten im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz durch das Symbol für „divers“ gendergerecht gekennzeichnet.

- **Einbindung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in merkmalsübergreifende Aktivitäten**

Durch die Beteiligung von Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, an der interministeriellen Arbeitsgruppe Vielfalt sowie am Runden Tisch Antidiskriminierung und Vielfalt, dem rheinland-pfälzischen Netzwerk staatlicher Anlaufstellen bei Diskriminierungen, ist gewährleistet, dass in die-

sen Gremien LSBTI-Themen berücksichtigt werden.

- **Geschlechtergerechte Sprache etablieren**

Zur sprachlichen Berücksichtigung von Menschen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung hat das Fachreferat Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität auf Initiative der Landesantidiskriminierungsstelle im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Justiz und dem Ministerium des Innern und für Sport Empfehlungen entwickelt. Die Handreichung „Geschlechtergerechte Sprache“ wurde in der Landesregierung und darüber hinaus verteilt und hat bundesweit Beachtung gefunden.

Im Rahmen des Beschlusses der Finanzministerkonferenz erarbeitet die gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bürgerfreundliche Sprache“ Leitlinien sowie Handlungsempfehlungen zur Etablierung einer bürgernahen und geschlechtergerechten Sprache für die gesamte schriftliche Kommunikation der Steuerverwaltung, darunter Steuerbescheide, Formulare und Informationsmaterialien. Das Ministerium der Finanzen beteiligt sich durch die Mitarbeit im Lenkungskreis „Bürgerfreundliche Sprache“. Das Land Rheinland-Pfalz ist darüber hinaus in zwei Unterarbeitsgruppen vertreten.

Anliegen für die Zukunft

- **Berücksichtigung von Menschen, die sich nicht nur dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen**

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 hat über die Änderungen im Personenstandsrecht hinaus Bedeutung für die Lebenspraxis: Menschen, die sich nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen, sind seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben“ am 22. Dezember 2018 in allen Lebensbereichen und bei allen Maßnahmen zu berücksichtigen.

2.8. LSBTI-Geflüchtete schützen

LSBTI-Geflüchtete kommen häufig aus Staaten, in denen Homosexualität und Transidentität gesellschaftlich geächtet und LSBTI staatlicherseits von Verfolgung und Strafe bedroht sind. Viele LSBTI-Geflüchtete müssen daher in ihrem Herkunftsland ihre sexuelle Orientierung und/oder geschlechtliche Identität verheimlichen, oft auch vor ihren Familienangehörigen.

Geflüchtete mit LSBTI-Hintergrund sind, wie auch Schwangere, Menschen mit Behinderung, Opfer des Menschenhandels und unbegleitete Minderjährige, als besonders schutzbedürftige Gruppe anzusehen, da sie zusätzlichen Risiken und Belastungen ausgesetzt sind. So können sie nach Bekanntwerden ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität in Erst- und Gemeinschaftsunterkünften homo- oder trans-

phoben Anfeindungen durch Mitbewohner*innen und Personal ausgesetzt sein.

Die Landesregierung übernimmt hier Verantwortung, indem sie für die Berücksichtigung der Bedürfnisse von LSBTI-Geflüchteten in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Sorge trägt.

- **Gewaltschutzkonzept für LSBTI-Geflüchtete**

Im Jahr 2017 hat das MFFJIV das „Konzept zum Gewaltschutz und zur Identifikation von schutzbedürftigen Personen in den Einrichtungen der Erstaufnahme in Rheinland-Pfalz“[77], kurz „Gewaltschutzkonzept“, vorgelegt. Darin werden LSBTI als vulnerable Gruppe definiert und Maßnahmen zu ihrem Schutz in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende beschrieben. Dazu gehören unter anderem die spezielle Betreuung von LSBTI-Personen durch den Sozialen Dienst, nach Möglichkeit und Bedarfslage Unterbringung im Einzelzimmer, die intensive Überwachung der Wohnbereiche und die Verlegung in Einrichtungen in Kommunen, die über Beratungs- und Unterstützungsangebote verfügen.

Zur Sensibilisierung und Erhöhung der Beratungskompetenz der Fachkräfte in den Aufnahmeeinrichtungen bietet QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. Fortbildungsveranstaltungen an. Die lokal ansässigen LSBTI-Organisationen sind in Kontakt mit den Aufnahmeeinrichtungen vor Ort und stehen als Ansprechpersonen zur Verfügung. Informationsmaterialien der Queer-Organisationen liegen in den Einrichtungen aus.

Anliegen für die Zukunft

- **Safe House für LSBTI-Geflüchtete**

Mittlerweile leben viele LSBTI-Geflüchtete aus Rheinland-Pfalz in Mainz. Die Gruppe Queer Refugees Mainz betreut als Mitglied von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. bis zu fünfzig Personen. Um die Situation der queeren Geflüchteten zu verbessern, strebt die Gruppe die Errichtung eines Safe House mit Betreuung an. Auch hält sie Maßnahmen zur Erhöhung der gesellschaftlichen Teilhabe für erforderlich, wie zum Beispiel Stammtische und qualifizierte Beratung.

[77] https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Integration/Aktuelles__Zahlen_und_Fakten/Gewaltschutzkonzept.pdf

3. COMMUNITY EMPOWERN

Für die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht. Dennoch sehen sich viele lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen angesichts fortbestehender Benachteiligungen, Vorbehalte und Ausgrenzungen nicht oder nur eingeschränkt in der Lage, ein offenes und selbstbestimmtes Leben zu führen.

Die Motivation und das Engagement von Einzelnen, an bestehenden Missständen etwas zu ändern, sind für sich alleine nicht ausreichend. Es bedarf der Öffnung der Gesellschaft und der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Selbstorganisationen von LSBTI leisten hier eine essentielle Unterstützung für individuelle Emanzipationsprozesse ebenso wie für die politische Präsenz der LSBTI-Gruppen. Sie bieten Raum für die Entwicklung und Stärkung der persönlichen Identität und fördern die Selbstbestimmung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen. Als Interessenvertretungen informieren sie und zeigen Defizite auf, sie fordern die Berücksichtigung der Anliegen von LSBTI ein und wirken auf Verbesserungen hin.

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ beruht auf dem Grundsatz der Partizipation. LSBTI werden als Expert*innen ihrer eigenen Lebenssituation anerkannt und einbezogen, um das gemeinsame Ziel der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität zu erreichen. Die Landesregierung und LSBTI-Organisationen bilden dazu eine Partnerschaft, in der sie einander in der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Rolle auf Augenhöhe begegnen.

3.1. Partizipation fördern

Um eine breite Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erreichen, ist die Artikulation und Berücksichtigung der Anliegen und Interessen von LSBTI auf allen gesellschaftlichen Ebenen unabdingbar. Die LSBTI-Organisationen beteiligen sich auf vielfältige Weise an fachlichen und politischen Bewusstseinsbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Für die rheinland-pfälzische Landesregierung stellt Partizipation in diesem Sinne einen selbstverständlichen Aspekt der Politikgestaltung dar. Sie unterstützt die Repräsentanz von LSBTI in Kooperations- und Entscheidungsgremien und sucht den Austausch mit den LSBTI-Interessenvertretungen.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Repräsentanz von LSBTI in Gremien und Netzwerken**

Vertreter*innen von LSBTI-Organisationen repräsentieren queere Belange in einer zunehmenden Anzahl gesellschaftspolitischer Gremien und Netzwerke: Regenbogenfamilien sind im Landesbeirat für Familienpolitik vertreten. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. hat einen Sitz in der Landesmedienkonferenz, nimmt am Netzwerk „Großregion unterm Regenbogen“[78] teil und ist ständiges Mitglied im „Bündnis Demokratie gewinnt“[79] sowie im „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“[80].

- **Landesweiter Runder Tisch LSBTI**

Auf Einladung von Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, kommen einmal jährlich Vertreter*innen der Ressorts der Landesregierung, LSBTI-Gruppen und Partnerorganisationen, die sich bei der Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ engagieren, zum Landesweiten Runden Tisch LSBTI[81] zusammen. Die Teilnehmenden informieren sich gegenseitig über ihre Aktivitäten, tauschen sich über Unterstützungsbedarfe aus und treffen Vereinbarungen über weitere Vorgehensweisen.

[78] http://www.grossregion.net/Buerger/Mitmachen/Die-Grossregion-unterm-Regenbogen
[79] https://demokratie-gewinnt.rlp.de/
[80] https://wir-tun-was.rlp.de/de/startseite/
[81] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/dokumentationen-informationen/

3.2. Vernetzung und Selbstwirksamkeit stärken

Die positive Identifikation mit der eigenen sexuellen und geschlechtlichen Identität ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und die Herausbildung einer stabilen Selbstwirksamkeit im Sinne der Überzeugung, auch schwierige Situationen aus eigener Kraft meistern zu können.

Diskriminierungserfahrungen, Angst vor Ablehnung und internalisierte Homo- oder Trans*feindlichkeit erschweren die Entwicklung dieser Persönlichkeitseigenschaften. Selbstakzeptanz und Selbstwirksamkeit können gestärkt werden durch die positive Bestätigung der eigenen Identität und die Erfahrung, gemeinsam sichtbar zu werden und mit anderen für die eigenen Interessen eintreten zu können.

Die LSBTI-Organisationen entfalten vielfältige Aktivitäten, um Vernetzung und Austausch innerhalb der LSBTI-Community zu ermöglichen und die Sichtbarkeit ihrer Anliegen und Interessen sicherzustellen. Die Landesregierung fördert entsprechende Projekte und Aktivitäten.

Ausgewählte Maßnahmen

- **Begleitung von LSBTI-Geflüchteten**

Landesweit haben sich in Mainz, Trier, Koblenz, Pirmasens, Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße Gruppen zur Unterstützung von LSBTI-Geflüchteten gebildet. Durch das vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration

und Verbraucherschutz geförderte Projekt „Queer Refugees“[82] fördert QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. in der Begleitung von LSBTI-Geflüchteten engagierte Ehrenamtliche in Mainz, Trier und Kaiserslautern bei der Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung sowie durch Fortbildungen für Multiplikator*innen. Das Ministerium stellt entsprechende Fördergelder bereit.

- **Lesbische Sichtbarkeit erhöhen**

Bei QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. wurde im Jahr 2019 mit finanzieller Unterstützung durch das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz eine Stelle zur Koordinierung des Netzwerks „Lesbische Sichtbarkeit“[83] eingerichtet. Die Mitglieder setzen sich damit auseinander, dass lesbische und bisexuelle Frauen und ihre Anliegen kaum sichtbar sind, und erarbeiten gemeinsam Ziele, die gegenüber Politik und Gesellschaft vertreten werden.

- **Förderung von Projekten für lesbische Frauen und Mädchen**

Das Ministerium für Familien, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz unterstützt im Rahmen der Förderung von Frauen- und Mädchenorganisationen Projekte zum Abbau von Diskriminierung lesbischer Frauen und Mädchen, unter anderem den Aufbau des Internetportals „Gorizi“[84] durch das Frauenzentrum Mainz e.V.

- **Unterstützung queerer Jugendgruppen in Rheinland-Pfalz**

In Mainz, Trier, Kaiserslautern und Koblenz sind LSBTI-Jugendgruppen aktiv. Zur ihrer Vernetzung und Stärkung können Fördermittel beim Ministerium für Familien, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (Förderung für Beteiligungsprojekte) für Veranstaltungen mit thematischen Schwerpunkten, wie beispielsweise zum Coming Out, beantragt werden.

Anliegen für die Zukunft

- **Beratungsangebot für Fachkräfte stärken**

Mit einer gewachsenen öffentlichen Aufmerksamkeit für die Lebenssituation von transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen steigt auch der Bedarf an Informationen. Insbesondere Fachkräfte aus pädagogischen, therapeutischen und medizinischen Berufen fragen verstärkt Beratung und Qualifizierung bei LSBTI-Organisationen nach. Es ist daher ein weiterer Ausbau der Unterstützungsstrukturen wünschenswert.

3.3. Selbstverwaltungsstrukturen ausbauen

Die LSBTI-Organisationen und -Initiativen in Rheinland-Pfalz leisten wichtige identitätsbildende Arbeit, indem sie geschützte Räume bieten sowie eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und die eigenverantwortliche Wahrnehmung von Rechten stärken.

[82] https://www.queernet-rlp.de/projekte/queere-gefluechtete
[83] https://www.queernet-rlp.de/projekte/lesbische-sichtbarkeit
[84] https://gorizi.de/

Für diese Arbeit sind Strukturen notwendig, die für die vielfach ehrenamtlich wahrgenommenen Aufgaben einen stabilen Rahmen bieten. Die Landesregierung fördert den Aufbau und Erhalt dieser Selbstverwaltungsstrukturen mit finanziellen Mitteln.

Ausgewählte Maßnahme

- **Förderung der ehrenamtlichen Arbeit und Struktur von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.**

Die Arbeit von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. konnte durch die Förderung des Ministeriums für Familien, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz seit 2005 stetig ausgebaut werden. Die Mittel werden zur Öffentlichkeitsarbeit, zur Förderung der Strukturen der ehrenamtlich in den Regionen arbeitenden Mitgliedsorganisationen und zur Durchführung von unterschiedlichen Aktivitäten vor Ort eingesetzt. Seit 2016 werden auch Fördermittel zur Unterstützung von LSBTI-Geflüchteten bereitgestellt.

Anliegen für die Zukunft

- **Weitere Stärkung der Selbstverwaltungsstrukturen**

Selbstverwaltungsstrukturen werden vor allem durch Orte der Sichtbarkeit und der Begegnung gestärkt. Die 20jährige Geschichte des SCHMIT-Z in Trier oder das 15jährige Bestehen der Bar jeder Sicht in Mainz zeigen den Erfolg. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. hält es für erforderlich, dass weitere Orte der Begegnung in den Oberzentren von Rheinland-Pfalz entstehen, wie in Koblenz oder Kaiserslautern, und von Kommunen und Land gefördert werden.

Die dgti e.V. strebt die Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle in Rheinland-Pfalz mit einem Büro in Mainz an.

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. setzt sich für die Schaffung einer Koordinierungsstelle zur Bündelung und Vernetzung der Aktivitäten der LSBTI-Jugendgruppen sowie der Angebote für Kinder und Jugendliche aus Regenbogenfamilien in Rheinland-Pfalz ein, die gleichzeitig als zentrale Anlaufstelle für LSBTI-Jugendliche fungieren soll. Darüber hinaus werden Anlaufstellen in Koblenz und Kaiserslautern für notwendig erachtet.

Auch die Koordinierung lesbischer Aktivitäten in Rheinland-Pfalz bedarf weiterer Unterstützung in Auf- beziehungsweise Ausbau und Verstetigung.

3.4. (Peer-)Beratung ausweiten

Verschiedene Studien aus Rheinland-Pfalz, Deutschland und anderen europäischen Ländern liefern Hinweise darauf, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen besonders häufig Benachteiligungen ausgesetzt sind und Diskriminierungserfahrungen machen[85].

[85] Siehe hierzu Informationen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Geschlecht/Themenjahr_2015/Trans/trans_node.html), die LGBT-Studie der Agentur

Entsprechend hoch ist der Bedarf an nicht pathologisierender, empathisch-akzeptierender und die Selbstwirksamkeit der Klient*innen unterstützender Beratung. Eine besondere Rolle spielt hier das Angebot psychosozialer Beratung durch Selbsthilfeinitiativen von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen: Die Berater*innen verfügen über eigene biographische Erfahrungen zu den Bereichen ihres Beratungsangebots und beziehungsweise oder über eine fachliche Ausbildung und genaue Kenntnisse der Lebensrealitäten und Problemlagen. So können sie angemessen an die Fragestellungen und Bedarfe der Ratsuchenden anknüpfen und Vertrauen aufbauen.

Die Landesregierung fördert das in weiten Teilen ehrenamtlich geleistete Beratungsangebot, um mehr Beratungen zu ermöglichen und das Angebot auf weitere Regionen in Rheinland-Pfalz auszuweiten.

- **Förderung der Beratung transidenter und intergeschlechtlicher Menschen**

Zur Verbesserung der Situation von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen unterstützt das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz seit 2018 Selbsthilfeinitiativen durch den Förderansatz „Stärkung und Beratung von Trans* und intersexuellen Menschen in Rheinland-Pfalz“[86]. Dazu wurden gemeinsam mit den Queer-Gruppen Fördergrundsätze und Qualitätsstandards erarbeitet. Gefördert werden Beratungsleistungen sowie Qualifizierungen der Berater*innen. Regelmäßig findet einmal im Jahr dazu ein Auswertungstreffen mit dem Referat Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität und den Queer-Gruppen statt.

Die dgti e.V. hat im Jahr 2018 neue örtliche Beratungsangebote in Andernach, Bad Kreuznach und Worms eingerichtet. Die Ausweitung des Beratungsangebots auf andere Regionen in Rheinland-Pfalz, wie Ludwigshafen und Bingen, ist in Vorbereitung. Mitgliedsorganisationen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. bieten in Trier, Mainz und Koblenz Beratung an.

Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband, bietet bundesweit Inter*-Peer-to-Peer-Beratung in aufsuchender Weise mit ausgebildeten ehrenamtlichen Berater*innen für intergeschlechtliche Menschen und deren Angehörige an, erreichbar unter: peerberatung@im-ev.de.

- **Aus- und Fortbildung für Peer-Berater*innen**

Die dgti e.V. bietet regelmäßig Aus- und Fortbildungen für Peer-Berater*innen für transidente und intergeschlechtliche Menschen an. Die Nachfrage nach diesem Angebot steigt kontinuierlich.

der Europäischen Union für Grundrechte (https://fra.europa.eu/de/press-release/2013/angst-isolation-und-diskriminierung-bei-lgbt-personen-europa-weit-verbreitet) sowie die Ergebnisse der Online-Befragung „Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in Rheinland-Pfalz“, (https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/dokumentationen-informationen/)

[86] https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/staerkung-der-beratung-von-trans-und-intersexuellen-menschen-in-rheinland-pfalz/

Anliegen für die Zukunft

- **Beratung für LSBTI ausbauen**

Das Beratungsangebot von LSBTI-Organisationen reicht nach Einschätzung der Landesregierung, von Betroffenen und Queer-Gruppen nach wie vor nicht aus, um den Bedarf an Beratung in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu decken. Nicht nur LSBTI selbst, sondern auch ihre Angehörigen und ihr soziales Umfeld suchen nach Beratung und Unterstützung. Daher wird der weitere Ausbau der Angebote von den LSBTI-Interessenvertretungen als notwendig erachtet, unter anderem für transidente Kinder, queere Jugendliche, Geflüchtete sowie People of Colour.

ZUSAMMENFASSSENDE BEWERTUNG UND AUSBLICK

Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ hat sich bewährt

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“, der am 29. Januar 2013 durch die Landesregierung beschlossen wurde, ist auch in der 17. Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtags das zentrale Instrument, um Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität zu bekämpfen sowie rechtliche Gleichstellung, Durchsetzung von Menschenrechten und gesellschaftliche Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen zu fördern. Dementsprechend wurden die Initiativen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ weiterentwickelt und ausgebaut.

Berufung der bundesweit ersten Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität

Um die Initiativen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zu verstärken, hat der Ministerrat am 29. November 2016 die Staatssekretärin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Christiane Rohleder, als „Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle“ berufen. Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen in alle relevanten Handlungsfelder der Politik einzubringen. Ihre Arbeit ist, wie auch der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“, Teil der Menschenrechts-, Antidiskriminierungs- und Demokratiearbeit der Landesregierung. Die Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität hat in zahlreichen Veranstaltungen und bei Reden für die Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen geworben, Gespräche mit den Spitzen verschiedener Organisationen, Schlüsselpersonen und Queer-Gruppen geführt und ist den Eingaben von Petent*innen nachgegangen. Rheinland-Pfalz ist das bundesweit erste Land mit einer Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität und übernimmt damit eine Vorreiter- und Vorbildfunktion.

Weiterentwicklung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“

Nachdem in der 16. Legislaturperiode die Grundlagen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ geschaffen wurden, lag der Schwerpunkt in der 17. Legislaturperiode auf dem Ausbau und der Weiterentwicklung der Maßnahmen.

Schwerpunkte bildeten folgende Bereiche:

- **Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare – ein Meilenstein**

Um rechtliche und strukturelle Benachteiligung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen zu bekämpfen, ist das Engagement der

Landesregierung auf Bundesebene von besonderer Bedeutung. Dabei war die Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts ein zentraler Meilenstein, der die Benachteiligung von Lesben und Schwulen im Eherecht nach über 25 Jahren des Kampfes um Gleichberechtigung endlich beendete. Dieser Erfolg ist auch dem langjährigen Engagement der Landesregierung Rheinland-Pfalz zu verdanken, die immer wieder durch Bundesratsinitiativen die rechtliche Gleichstellung gefordert hatte. Der im Bundestag zur Abstimmung gekommene Gesetzentwurf stammte aus Rheinland-Pfalz.

- **Forderung der Anerkennung der Geschlechtsidentität und Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung**

Die rechtliche Gleichstellung von transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen ist leider noch immer nicht erreicht. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz setzt sich daher intensiv dafür ein, das Transsexuellengesetz aufzuheben und durch ein modernes Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung zu ersetzen. Dieses sollte einheitliche Verwaltungsverfahren für transidente und intergeschlechtliche Menschen vorsehen. Hierzu hat Rheinland-Pfalz zwei Bundesratsinitiativen eingebracht, die vom Bundesrat auch beschlossen wurden.

- **Berücksichtigung nichtbinärer Menschen in Recht und Lebensalltag**

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 10. Oktober 2017 festgestellt, dass die Geschlechtsidentität von Menschen, die sich nicht dauerhaft dem männlichen und weiblichen Geschlecht zuordnen, durch das im Grundgesetz verankerte Persönlichkeitsrecht und das Recht zum Schutz vor Diskriminierung geschützt ist. Die Kategorien „männlich“ und „weiblich“ greifen daher zu kurz. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hat über das Personenstandsrecht hinaus Bedeutung für das deutsche Rechtssystem und den lebenspraktischen Umgang mit Menschen, die sich nicht dauerhaft dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen. Das Familienministerium hat die Handreichung „Geschlechtergerechte Sprache“ mit Anregungen für eine respektvolle und diskriminierungsfreie Sprache erstellt, die bundesweit Beachtung gefunden hat. Auch Informationsmaterialien für die Eltern intergeschlechtlicher Kinder sowie für Professionen und Institutionen wie Hebammen, Kitas und Schulen tragen zur Akzeptanz intergeschlechtlicher Menschen bei. Die Aufklärungs- und Informationsarbeit der Landesregierung zielt darauf hin, nichtbinäre Menschen in allen rechtlichen und gesellschaftlichen Bereichen einzubeziehen.

- **Öffnung der Regeleinrichtungen**

Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche und ihre Familien betreuen, bilden und unterstützen, haben großen Einfluss auf die Selbstwahrnehmung von jungen Menschen und ihren Eltern. Die Öffnung der Regeleinrichtungen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist daher von besonderer Bedeutung. Einen wesentlichen Beitrag leistet hier QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. mit seinem durch das Familienministerium unterstützten Projekt „Familienvielfalt“. Das Projekt unterstützt Fachkräfte in Jugend- und Familieneinrichtungen, Beratungsstellen, der Senioren- und Migrationsarbeit, Gesundheitseinrichtungen, Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete, Sporteinrichtungen,

Ausbildungs- und Arbeitsstätten dabei, sexuelle, geschlechtliche und individuelle Vielfalt positiv aufzugreifen und vorurteilsfrei mit dieser Vielfalt umzugehen. Das Projekt wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt.

- **Stärkung der Verantwortung von Bildungseinrichtungen**

Bildungseinrichtungen sind für die Selbstwahrnehmung von jungen Menschen in der Phase der Entwicklung und Selbstfindung von besonderer Bedeutung. Ihre Aufgabe ist es, ein plurales Verständnis von Normalität zu fördern und allen Kindern und Heranwachsenden die gleichen Chancen zu eröffnen, sich und ihre Fähigkeit zur Selbstbestimmung auf Grundlage ihrer individuellen Bedürfnisse und Neigungen entwickeln zu können. Strukturell verankerte Vorgaben zur Thematisierung von Vielfalt in Rahmen- und Lehrplänen, wie auch das von der Landesregierung unterstützte Schulaufklärungsprojekt SCHLAU von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. zur Peer-to-Peer-Beratung an Schulen, tragen zur Akzeptanz von sexueller, geschlechtlicher und individueller Vielfalt an Schulen bei.

- **Ausweitung der Peer-Beratung**

Studien belegen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transidente, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen auch heute noch gesellschaftliche Benachteiligungen erfahren. Neben der Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz ist die Beratung und Unterstützung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen und ihren Familien von großer Bedeutung. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., die Deutsche Gesellschaft für Transsexualität und Intersexualität, dgti e.V. sowie Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband, leisten für Ratsuchende und ihre Angehörigen regionale und themenspezifische Beratung. Damit die Queer-Gruppen die vielfach ehrenamtliche Arbeit leisten können, unterstützt die Landesregierung Selbsthilfestrukturen, Anlaufstellen sowie Beratungs- und Qualifizierungsarbeit.

- **Förderung der Partizipation**

Ein Grundprinzip des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ ist es, Partizipation zu ermöglichen und lesbische, schwule, bisexuelle, transidente, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen selbst als Expert*innen ihrer eigenen Situation an Entscheidungen und Maßnahmen mitwirken zu lassen. Die Landesregierung hat daher die 2013 mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. geschlossene Zielvereinbarung in der 17. Legislaturperiode fortgeführt und ergänzend weitere Queer-Organisationen in den Prozess einbezogen, wie die dgti e.V. und Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband. Der Landesweite Runde Tisch, zu dem die Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität jährlich einlädt, hat sich als Dialogforum zwischen Landesregierung, nachgeordneten Behörden, gesellschaftlichen Gruppen und Queer-Organisationen bewährt.

- **Information der Öffentlichkeit**

Öffentlichkeitsarbeit schafft Sichtbarkeit, und Sichtbarkeit ist eine wichtige Voraussetzung für eine breite Akzeptanz. Daher ist die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Teil des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“. Damit die Materialien aktuell und ansprechend

sind und bleiben, wurden diese weiterentwickelt: Das Logo wurde in den Regenbogenfarben neugestaltet und im Motto die Queer-Gruppen ausführlicher benannt. Neue Give-aways wurden konzipiert, der Flyer „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ wurde überarbeitet und die Homepage www.regenbogen.rlp.de in Zusammenarbeit mit den Queer-Gruppen, Ressorts und Partnerorganisationen kontinuierlich aktualisiert.

- **Gewährleistung von Sichtbarkeit und Teilhabe**

Aufgrund des demografischen Wandels ist die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Arbeitswelt sowie in Einrichtungen der Kranken- und Altenpflege von besonderer Bedeutung. Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung e.V. hat 2018 in Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. die Broschüre „Pflege unterm Regenbogen“ herausgegeben, die über den Umgang mit lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten und intergeschlechtlichen Menschen in der Kranken- und Altenpflege informiert.

Unter dem Motto „Queer durch die Ministerien“ hat sich auf Initiative der Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität ein Netzwerk von Mitarbeitenden gegründet, das zu mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen beitragen will.

- **Bekämpfung von Diskriminierung**

Die Landesregierung schult kontinuierlich ihre Bediensteten zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und zum Thema Diversität, um einen diskriminierungsfreien Umgang in allen Zuständigkeitsbereichen zu gewährleisten.

Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) stellt eine wichtige landesweite Anlaufstelle für von Diskriminierung betroffenen Menschen dar, die sich auch an lesbische, schwule, bisexuelle, transidente, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen richtet und von diesen genutzt wird. Seit Mitte 2018 vermittelt sie bei Bedarf auch eine kostenlose rechtliche Erstberatung. In der Polizeiarbeit leisten die zentrale „Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ (AGL) sowie die Ansprechpersonen in allen rheinland-pfälzischen Polizeibehörden Öffentlichkeitsarbeit und stehen Gewaltopfern als Anlaufstelle beratend zur Seite. Gleichzeitig sensibilisieren sie Fachkräfte im Polizeidienst für das Erkennen und die Verfolgung LSBTI-bezogener Hasskriminalität.

- **Förderung der Forschung zu queerer Geschichte und queerem Leben**

Auf Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 13. Dezember 2012 zur Aufarbeitung der Verfolgung und Diskriminierung von Homosexualität nach 1945 erhielt die Geschichtsforschung und Gedenkarbeit eine besondere Bedeutung. Die Forschungsergebnisse zur Verfolgung von Lesben und Schwulen, die das Familienministerium am 23. Januar 2017 veröffentlichte, wurden in der mobilen Ausstellung „Verschweigen Verurteilen“ zur Verfolgung der Homosexualität von 1946 bis 1973 visualisiert. Darüber hinaus wurden regionale Projekte gefördert und Einzelaspekte näher beleuchtet. Am Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2020 gedachte der rheinland-pfälzische

Landtag erstmals der Opfer der Verfolgung homosexueller Menschen durch den Nationalsozialismus, wobei sich diese Verfolgung durch die Fortgeltung des § 175 Strafgesetzbuch auch nach dem Ende der Nazi-Diktatur in der Bundesrepublik fortsetzte. Der Landtag und die Landesregierung haben sich für das Unrecht an Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen entschuldigt und ihren Willen bekräftigt, die Geschichtsforschung und Erinnerungsarbeit auch in Zukunft weiterzuführen. Rheinland-Pfalz nimmt bei der Forschung zur Geschichte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen und bei der Gedenkarbeit hierzu im Ländervergleich eine führende Rolle ein.

Zentrale Anliegen für die Zukunft

Der Bericht macht deutlich, dass es gelungen ist, in der 17. Legislaturperiode den Zielen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ durch vielfältige Maßnahmen näher zu kommen. Dennoch sind weitere Anstrengungen notwendig, um Diskriminierung zu bekämpfen, die vollständige rechtliche Gleichstellung zu erreichen, Menschenrechte zu gewährleiten und die gesellschaftliche Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen zu fördern.

- **Homosexuelle Ehepaare im Abstammungsrecht gleichstellen**

Trotz der Öffnung der Ehe sind gleichgeschlechtliche Ehepaare im Abstammungsrecht noch immer nicht rechtlich mit heterosexuellen Ehepaaren gleichgestellt. Noch immer muss die Co-Mutter bei lesbischen Ehepaaren ein Adoptionsverfahren mit Prüfung der Wohnverhältnisse, des Einkommens und vielem mehr über sich ergehen lassen, bevor sie die vollständige Verantwortung für ein von ihrer Ehefrau in die Ehe geborenes Kind übernehmen kann. Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, diese Diskriminierung zu beenden.

- **Nicht lebensnotwendige Operationen an intergeschlechtlichen Kindern verbieten**

Noch immer werden in Deutschland medizinisch nicht notwendige Operationen an intergeschlechtlichen Kindern durchgeführt. Ihre Anzahl ist in den vergangenen Jahren nicht rückläufig. Die Bundesregierung hat im Januar 2020 einen „Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen“ vorgelegt, zu dem das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Stellung genommen hat. Ziel der Stellungnahme ist, dass auch geschlechtsangleichende Operationen verboten werden und nicht nur geschlechtsverändernde. Das Ministerium wird sich auch in der Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Familien, Kinder und Jugend der Länder dafür einsetzen, intergeschlechtliche Kinder vor nicht notwendigen Operationen zu schützen, die Beratung und Versorgung von Kindern Jugendlichen, jungen Erwachsen und ihren Eltern zu verbessern und zu mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz von intergeschlechtlichen Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihren Familien in der Gesellschaft beizutragen.

- **Schutz der sexuellen und geschlechtlichen Identität im Grundgesetz verankern**

Die Verfolgung von homosexuellen Menschen durch § 175 Strafgesetzbuch bis 1969 belegt, dass ein einfachgesetzlicher Schutz unzureichend ist, um den Schutz von Lesben und Schwulen nachhaltig zu gewährleisten. Die Landesregierung setzt sich daher im Bundesrat dafür ein, Artikel 3 Abs. 3, Satz 1 Grundgesetz durch die Merkmale „sexuelle und geschlechtliche Identität" zu ergänzen, um neben den Merkmalen Geschlecht, Herkunft, Religion oder Weltanschauung sowie einer Behinderung auch den verfassungsrechtlichen Schutz für sexuelle Identität und geschlechtliche Identität sicherzustellen.

- **Gesellschaftliche Akzeptanz fördern**

Neben der rechtlichen Gleichstellung ist die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen die zentrale Grundlage für ein vorurteilsfreies Miteinander in einem vielfältigen und lebenswerten Rheinland-Pfalz. Dies gilt auch für den Sport, der eine große integrative Wirkung für die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Individuen entfalten kann. Hier gilt es, die oftmals strenge zweigeschlechtliche Ausrichtung zu öffnen, um auch die Menschen zu integrieren, die sich nichtbinären Kategorien zuordnen. In den Kommunen und bei freien Trägern wächst das Engagement, Ansprechpersonen für sexuelle und geschlechtliche Identität einzurichten und Maßnahmen zur Förderung von Akzeptanz mit Queer-Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen umzusetzen. Die Landesregierung unterstützt Initiativen von öffentlichen und freien Trägern durch Beratung und finanzielle Förderung von Projekten.

Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen" als Beitrag zur Menschenrechts- und Demokratiearbeit weiterführen

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Arbeit zum Schutz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen vor Diskriminierung, zu deren rechtlicher Gleichstellung und gesellschaftlicher Akzeptanz ist eine enge Zusammenarbeit der Landesregierung mit den queeren Selbstvertretungen und eine koordinierte und enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts. Beides ist Grundlage des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen": Der Erfolg des Landesaktionsplans basiert auf der Partizipation der Queer-Gruppen, dem stetigen Dialog mit allen Beteiligten sowie dem Engagement der gesellschaftlichen Gruppen und Queer-Organisation untereinander und miteinander. Hiervon profitieren *alle* Bürger*innen des Landes. Denn nur wenn sich jeder einzelne Mensch in seiner Individualität angenommen und akzeptiert fühlt, kann er seine Potentiale in allen Lebensbereichen entfalten. Auf diese Weise trägt der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen" auch zur Stärkung eines friedlichen und demokratischen Gemeinwesens bei.

Ihre Dr. Christiane Rohleder
Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität Rheinland-Pfalz

Im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ erstellte Publikationen

Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.): **„Verfolgung und Diskriminierung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz (1946–1973).** Kurzbericht zum Landtagsbeschluss ‚Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen' vom 13. Dezember 2012“, Heft 73 der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Mainz 2020.
Das Heft des Landtags publiziert den vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erstellten Kurzbericht aus 2016. download:
https://www.landtag.rlp.de/fileadmin/ Landtag/Medien/Publikationen/Schriftenreihe/Heft73.pdf

Landeszentrale für Gesundheitsförderung e.V. (Hrsg.): **„Pflege unterm Regenbogen – Über den Umgang mit homosexuellen, bisexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in der Kranken- und Altenpflege“**, Leitfaden für Pflegeschüler*innen sowie Lehrkräfte in Kranken- und Altenpflegeschulen, Mainz 2018, download:
https://lzg-rlp.de/files/LZG-Shop/Gesundheit%20im%20Alter_Download/Bro_Pflege_Regenbogen.pdf

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz: **„Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“**, Flyer zum Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“, download:
https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/RLP_unterm_Regenbogen/Faltblatt_Regenbogen_2019_web.pdf

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.): **„Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen“**, Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Landtags vom 13. Dezember 2012 in der Langfassung, Mainz 2016, download:
https://mffjiv.rlp.de/de/themen/vielfalt/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/queere-geschichte/landtagsbeschluss-zur-aufarbeitung-der-strafrechtlichen-verfolgung/

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.): **„Verfolgung und Diskriminierung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz“**, Kurzbericht zum Landtagsbeschluss „Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitierung homosexueller Menschen“ vom 13. Dezember 2012, Mainz 2016, download:
https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/RLP_unterm_Regenbogen/Forschungsbericht_Zusammenfassung.pdf

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.): **„Verschweigen Verurteilen – Verfolgung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz von 1946 – 1973. Verleihflyer“**, Flyer mit Informationen zur kostenfreien Ausleihe der mobilen Ausstellung „Verschweigen Verurteilen“, Mainz 2018, download: https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Flyer_Ausstellung_verleih_rlp_web.pdf

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz: **„Geschlechtergerechte Sprache“**, Handreichung mit Anregungen für eine geschlechtergerechte Sprache und einen respektvollen Umgang mit allen Menschen in Rheinland-Pfalz, o.J., download: https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/RLP_unterm_Regenbogen/Handreichung_geschlechtergerechte_Sprache_Oktober2019.pdf

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.): **„Was ist es denn? Ihr intergeschlechtliches Kind“**, Informationsflyer für Eltern intergeschlechtlicher Kinder, Mainz 2019, download: https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Flyer_Eltern_Intergeschlechtliche_Kinder.pdf

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.): **„Alle sind willkommen – Akzeptanz von intergeschlechtlichen Kindern und ihren Familien“**, Informationsflyer für Fachkräfte in Regeleinrichtungen, Mainz 2019, download: https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Flyer_Regeleinrichtungen_Intergeschlechtliche_Kinder.pdf

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.: **„Angebote für ein Begleitprogramm zur mobilen Ausstellung ‚Verschweigen Verurteilen‘“**, Informationsflyer, o.J., download: https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/RLP_unterm_Regenbogen/Verschweigen-Verurteilen_Begleitveranstaltung_ QueerNet_RP_e.V.-PDF.pdf

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. (Hrsg.): **„Gleich und doch anders. Informationen für eine professionelle Altenhilfe für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle“**, Mainz 2018, download: https://www.queernet-rlp.de/wp-content/uploads/Queernet-RLP-Flyer-Pflege-2018.pdf

Am Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ verantwortlich beteiligte Organisationen, nach Abkürzungen

BM	Ministerium für Bildung https://bm.rlp.de
dgti	Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V. https://www.dgti.org
FM	Ministerium der Finanzen https://fm.rlp.de
IM e.V.	Intersexuelle Menschen e.V., Bundesverband https://www.im-ev.de
JM	Ministerium der Justiz https://jm.rlp.de
LpB	Landeszentrale für politische Bildung https://politische-bildung.rlp.de
LSJV	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung https://lsjv.rlp.de
LZG	Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. http://www.lzg-rlp.de/
MdI	Ministerium des Innern und für Sport https://mdi.rlp.de
MFFJIV	Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz https://www.mffjiv.rlp.de/
MSAGD	Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie https://www.msagd.rlp.de/
MUEEF	Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten https://www.mueef.rlp.de/
MWVLW	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau https://www.mwwk.rlp.de/
MWWK	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur https://www.mwwk.rlp.de/
PL	Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz https://pl.bildung-rp.de/
Queer-Net RLP	QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. https://www.queernet-rlp.de/
SPFZ	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum https://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/kinder-jugend-und-familie/sozialpaedagogisches-fortbildungszentrum/
Stk	Staatskanzlei https://www.rlp.de/de/landesregierung/staatskanzlei/

Maßnahmen im Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ – Übersicht

Leitziel „Akzeptanz fördern“		
Maßnahme	Verantwortlich bzw. angeregt durch	Umsetzungsstand
Öffentlichkeit informieren		
LSBTI-Präsenz auf landesweitem Ehrenamtstag herstellen	Stk	umgesetzt und fortlaufend
LSBTI-Präsenz auf Demokratietag herstellen	Stk	umgesetzt und fortlaufend
„Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ durch Ministerpräsident Kurt Beck und die Antidiskriminierungsstelle RLP des Bundes unterzeichnen	Stk	abgeschlossen
Bildungsserver um Informationen zu den Themen Trans* und Inter* ergänzen sowie Verweis auf Materialien und Beratungsstellen aufnehmen	BM	umgesetzt und fortlaufend
Grundsätze von Diversity-Management insbesondere bei Reden und Veröffentlichungen des MWVLW stärker kommunizieren	MWVLW	in Bearbeitung
Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit relaunchen	MFFJIV	abgeschlossen
Informations- und Wissensmanagement über die Homepage www.regenbogen.rlp.de sichern	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
LSBTI in Grußworten, bei Terminen und Eingaben von Ministerpräsidentin, Ministerin und Landesbeauftragter für LSBTI berücksichtigen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Prominente Personen für das Thema LSBTI im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gewinnen	MFFJIV und QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Über Diskriminierung informieren und aufklären, Öffentlichkeitsarbeit nach dem horizontalen Ansatz	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Plakat „Familienvielfalt“ erstellen	MFFJIV i.V.m. QueerNet RLP	abgeschlossen
Projekte von und für ältere LSBTI sowie Berichterstattung über Aktivitäten von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und anderen Verbänden in der Zeitschrift "Spätlese" aufgreifen	MSAGD i.V.m. QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Akzeptanz fördern“		
Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsmaßnahmen (Plakate/ Postkarten) im Projekt Familienvielfalt ergreifen	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Mitgliedsorganisationen bereiten regionale CSDs vor (TR, MZ, KO)	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
IDAHOT-Veranstaltungen am 17. Mai auf Landesebene und regionaler Ebene durchführen	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Flashmob von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. mit Fotoaktion („Kiss the pride“) am Tag der Deutschen Einheit durchführen	QueerNet RLP	abgeschlossen
Sichtbarkeit stärken durch eine Öffentlichkeitsarbeit mit regionalem Bezug	QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Forschung zu queerer Geschichte und queerem Leben fördern		
Fachgespräche zur Aufarbeitung der Verfolgung homosexueller Menschen im Elsass und Rheinland-Pfalz (Umsetzung Landtagsbeschluss) organisieren, Verfolgung dokumentieren	MWWK/LpB	abgeschlossen
Forschende zur NS-Verfolgung von Homosexuellen durch wissenschaftliche Mitbetreuung im NS-Dokumentationszentrum Osthofen unterstützen	MWWK/LpB	umgesetzt und fortlaufend
Ausstellung zum Thema "Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt" im NS-Dokumentationszentrum Osthofen zeigen	MWWK/LpB	abgeschlossen
Schwerpunkt LSBTI am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus (27.1.2020) setzen	Landtag	abgeschlossen
Kurzbericht über die Forschungen zur Aufarbeitung der Verfolgung der Homosexualität in Rheinland-Pfalz des MFFJIV – diese wurde von Landtagsverwaltung zum Holocaust-Gedenktag 2020 als Broschüre herausgeben	MFFJIV und Landtag	abgeschlossen
Forschungsbericht zur Aufarbeitung der Verfolgung der Homosexualität erstellen	MFFJIV	abgeschlossen
Studie „Juristische Diskriminierung lesbischer Frauen. Der Entzug des Sorgerechts bzw. der elterlichen Gewalt in Rheinland-Pfalz“ erstellen	MFFJIV	in Bearbeitung
Forschungsarbeiten zu „Nanu? Die anderen Pfälzer_ innen“ – Ausstellung zur LSBTI-Geschichte in der Pfalz unterstützen	MFFJIV	abgeschlossen
Junge queere Menschen bei den Kinder- und Jugendberichten RLP beteiligen bzw. fortlaufend in die Berichterstattung aufnehmen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Akzeptanz fördern“		
Gedenk-Stele für LSBTI-Verfolgte durch Landesregierung und Stadt Mainz errichten	MFFJIV i.V.m. Stadt Mainz und Queer-Gruppen	in Bearbeitung
Regionale historische LSBTI Forschung stärken	MFFJIV i.V.m. QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Demokratiebildung stärken		
Schwul-lesbisches Schulaufklärungsprojekt (SCHLAU) fördern	BM	umgesetzt und fortlaufend
Präventionsprojekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ fördern	LpB	umgesetzt und fortlaufend
Ausstellung zur Verfolgung homosexueller Menschen in RLP in der Hochschule der Polizei zeigen	MdI	abgeschlossen
Seminare „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ für FÖJ-Gruppen anbieten	MUEEF	umgesetzt und fortlaufend
Volkshochschulen und nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannte Träger bei der Durchführung von Veranstaltungen zum Thema LSBTI unterstützen	MWWK	umgesetzt und fortlaufend
Ausstellung zum Forschungsbericht über die Aufarbeitung der Verfolgung der Homosexualität erstellen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Handreichung für die pädagogische Arbeit mit der Ausstellung „Verschweigen Verurteilen“ entwickeln	MFFJIV i.V.m. QueerNet und dgti	in Bearbeitung
SCHLAU in MZ, TR, KO, LD und KL anbieten	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
SCHLAU Bildungsarbeit ausbauen und durch Strukturen stärken	QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sensibilisieren		
Gespräche mit der Gewerbeaufsicht zur dauerhaften Sensibilisierung für LSBTTI in Betrieben führen	MSAGD	abgeschlossen
Landesseniorenvertretung RLP e.V. für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter sensibilisieren	MSAGD	umgesetzt und fortlaufend
Zu den Kommunalen Spitzenverbänden Kontakt aufnehmen, um das Thema LSBTTI in die Kommunen zu tragen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Akzeptanz fördern“		
Gespräche mit Religionsgemeinschaften zum Thema LSBTTI führen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Gespräche mit Gewerkschaften führen	MFFJIV	in Planung
Gespräch mit dem Behindertenbeauftragten führen	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Gespräche mit muslimischen Verbänden führen	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Gespräch mit dem Landesbeauftragten für Migration und Integration bzw. mit der SCHURA führen	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Angebote für Gewerkschaften machen und Kooperation anstreben	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Angebote für IHKn machen und Kooperation anstreben	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Angebote für HWKn machen und Kooperation anstreben	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Aktion Vornamen auf Bankkarten fortsetzten	dgti	in Bearbeitung
Projekt „Trans* und Reformation“ umsetzen	dgti	abgeschlossen
Allianzen bilden		
Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit partizipativ entwickeln	MFFJIV	in Bearbeitung
Bundesländerübergreifenden Austausch pflegen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Maßnahme	Verantwortlich bzw. angeregt durch	Umsetzungsstand
Regeleinrichtungen öffnen		
Familie, Kinder und Jugend		
Fortbildungen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie der sozialen Arbeit zu Vielfalt und LSBTI anbieten	LSJV/SPFZ	umgesetzt und fortlaufend
Zur Beratung von Regenbogenfamilien sensibilisieren	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Projekt „Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien“, kurz „Familienvielfalt“ fördern	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Gespräche zur Verbesserung der Lebenssituation von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen mit Trans*Aktiven und Inter*Aktiven und entsprechenden Fachkräften führen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Familieneinrichtungen zum Thema LSBTTI und Regenbogenfamilien in Kooperation mit der Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ sensibilisieren	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Informationen über Regenbogenfamilien im Ratgeber Familie ergänzen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Die Anerkennung und Wertschätzung *aller* Familienformen durch die Gesamtstrategie zur Familienpolitik stärken	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Fortbildung von Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe zum Thema Vielfalt, dabei auch zu LSBTI fördern	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Thema LSBTI bei den regelmäßigen Gesprächen mit dem Landesjugendring vorbringen und diskutieren (Referat Jugendpolitik)	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Anträge für die Maßnahmen der Jugendarbeit bezüglich Aufnahme des Geschlechtseintrags überarbeiten	MFFJIV	abgeschlossen
Im Projekt Familienvielfalt Informationen und Fortbildung für Familien (Erwachsene und Jugendliche) unterstützende Systeme auf kommunaler regionaler und Landesebene anbieten	QueerNet RLP i.V.m. MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Fortbildungen Trans* für Pädagogen und Erziehern (Pilotprojekt für RLP) durchführen	dgti	umgesetzt und fortlaufend
Schwerpunkt „Migrationshintergrund“ in Angeboten des Projekts Familienvielfalt bilden	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Kindertageseinrichtungen		
Mit den Spitzenverbänden der Kindertagesstätten Einbeziehung vielfältiger Familienformen in die Empfehlungen zur Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten prüfen	BM	geplant
Mit den Spitzenverbänden der Kindertagesstätten Beachtung des Themas LSBTI in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten zu "Körper - Gesundheit - Sexualität und geschlechtssensible Pädagogik" als Querschnittsthema prüfen	BM	abgeschlossen
Kita-Koffer Familien- und Lebensvielfalt fördern	MFFJIV	abgeschlossen
Ausleihe des KITA-Koffers organisieren	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Schule		
Fortbildung für Verbindungslehrkräfte zum Thema LSBTTI anbieten	BM	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Fortbildungsangebote für Lehrkräfte verschiedener Fachbereiche (Biologie, Gesellschaftslehre, Religion) zum Thema LSBTTI zur Verfügung stellen	BM	umgesetzt und fortlaufend
Themen wie Sozialisation, Erziehung, Bildung, Integration, Werteerziehung und Sexualerziehung in Studium und Vorbereitungsdienst von Lehrkräften implementieren	BM	umgesetzt und fortlaufend
Sexuelle und geschlechtliche Identität und Diversity als Themen in die Lehrpläne Gesellschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft aufnehmen	BM	teilweise umgesetzt
Sexuelle und geschlechtliche Identität und Diversity als Merkmale in den Orientierungsrahmen Schulqualität aufnehmen	BM	abgeschlossen
Institut für Lehrergesundheit bei der Universitätsmedizin Mainz im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung als Ansprechpartner zur Unterstützung von Lehrkräften zum Thema LSBTTI nutzen	BM	umgesetzt und fortlaufend
Schulen im Umgang mit trans*, inter* und nichtbinären Schüler*innen unterstützen	BM	in Bearbeitung
Modulares Fortbildungskonzept für Lehrkräfte zum Thema Sexualerziehung in der Schule (u.a. Themen wie unterschiedliche Lebensformen, sexuelle Orientierung, sexuelle Identität) anbieten	BM/LZG	fortlaufend
Ansprechpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Pädagogischen Landesinstitut installieren	PL	umgesetzt und fortlaufend
Fortbildungen zur Sensibilisierung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt für Lehrkräfte anbieten	PL	in Bearbeitung
Beratung und Unterstützung durch die Schulpsychologie	PL	umgesetzt und fortlaufend
Ansprechstellen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt einrichten	PL	geplant, noch nicht begonnen
Grundschulkoffer entwickeln und ausleihen	PL, QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Rechtliche Gleichstellung voranbringen		
Strafrechtliche Rehabilitierung und Entschädigung von Betroffenen des Verbots einvernehmlicher homosexueller Handlungen voranbringen	JM	abgeschlossen
Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei einrichten und fördern	MdI	umgesetzt und fortlaufend
Regionale Ansprechpersonen in den Polizeipräsidien installieren	MdI	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Modul „Professioneller Umgang mit Vielfalt“ als Modul in den Bachelorstudiengang Polizeidienst integrieren	MdI	umgesetzt und fortlaufend
Initiativen zur Öffnung der Ehe ergreifen	MFFJIV	abgeschlossen
Anträge zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren in den verschiedenen Rechtsbereichen unterstützen (Beispiel: Abstammungsrecht bei Kindern von lesbischen Paaren)	MFFJIV	in Bearbeitung
Bundesratsinitiativen und Anträge zu Anliegen im Bereich LSBTI initiieren bzw. unterstützen: Initiative zur Aufnahme der sexuellen und geschlechtlichen Identität in Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG Abschaffung des TSG zugunsten eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung Verbot von Konversionstherapien	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Rechtsgutachten zur Vorbereitung eines Vorschlags für ein Landesantidiskriminierungsgesetz mit Merkmalsbezug wie AGG (Arbeitstitel) einholen	MFFJIV	abgeschlossen
Gegen Diskriminierung vorgehen		
In Diskriminierungsfällen (Clearing, Weiterleitung) bei merkmalsübergreifenden Beschwerden beraten	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Stelle für Antidiskriminierung und Vielfalt für NRO und RO (LADS) einrichten	MFFJIV	abgeschlossen
Gründung des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz und dessen weitere Arbeit unterstützen	MFFJIV	abgeschlossen
Am Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz teilnehmen	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Vielfalt in der Arbeitswelt erhöhen und Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung schützen		
„Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) online“ – Fortbildung für alle Mitarbeitenden anbieten	alle Ressorts, Federführung MdI	umgesetzt und fortlaufend
In Fortbildungen zur Vielfalt (auch ressortübergreifend) das Thema geschlechtliche Identität aufgreifen und Begriffe zu LSBTI erläutern	alle Ressorts, Federführung MdI	umgesetzt und fortlaufend
Diversity-Ansatz bei der Personalauswahl und Personalentwicklung umsetzen	Stk	abgeschlossen
LSBTI-Interessen in der Personalverwaltung berücksichtigen	JM	umgesetzt und fortlaufend
LSBTI in Stellenausschreibungen berücksichtigen	JM	umgesetzt und fortlaufend
Dienstvereinbarung entwickeln und Mitarbeitende des LDI informieren	MdI	abgeschlossen

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Interessenabfrage, Strategische Planung der Herangehensweise, Seminarempfehlungen, Infosammlung für interne Fortbildungen durchführen	MdI	umgesetzt und fortlaufend
Tagesseminar zum Thema „Diversity“ anbieten, darauf aufbauend die Themen „Konflikte“, „Mobbing“	MdI	umgesetzt und fortlaufend
Thema LSBTTI als eigenständiges Instrument im Personalentwicklungskonzept der SGD Nord aufnehmen	MdI	in Bearbeitung
Im Intranet der SGD Süd für die Akzeptanz für queere Lebensweisen werben	MdI	abgeschlossen
Dienstvereinbarung zur Förderung der personellen Vielfalt und zum Schutz vor Diskriminierung aktualisieren	MSAGD	in Bearbeitung
LSBTTI im Leitbild berücksichtigen	MUEEF	abgeschlossen
Werbekampagne „Vielfalt im FÖJ – Wir grenzen keinen aus“ durchführen	MUEEF	umgesetzt und fortlaufend
Vielfalt in FÖJ-Gruppen fördern	MUEEF	umgesetzt und fortlaufend
Datenerhebung zum Geschlecht im FÖJ-Bewerbungsverfahren „Sonstiges/divers“ ab 2019 umsetzen	MUEEF	umgesetzt und fortlaufend
Abkürzung „LGBTQ“ in Veröffentlichung zum FÖJ gebrauchen	MUEEF	umgesetzt und fortlaufend
FÖJ-Einsatzstellen auswählen, in denen nicht die klassisch-traditionellen Geschlechterrollen gelebt werden	MUEEF	fortlaufend
Kammern bzgl. des Themas LSBTI im Rahmen der Qualifizierung von Ausbilder*innen sensibilisieren	MWVLW	in Bearbeitung
Diskriminierungsfreie Personalpolitik als Standard im MWVLW einführen	MWVLW	umgesetzt und fortlaufend
Unternehmen für die Vielfaltsstrategie und damit auch für die Belange von LSBTI sensibilisieren, u.a. im Rahmen von Veranstaltungen und der Fachkräftegewinnung	MWVLW	umgesetzt und fortlaufend
Anonymisiertes Bewerbungsverfahren anwenden	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Thema "Diversity" und damit auch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in das Personalentwicklungskonzept aufnehmen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Fortbildungsangebote zum Thema „Vielfalt“ entwickeln	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Fortbildung zum Thema Trans* und Diversität für Personalentwickler*innen der Landesregierung und Mitarbeitende durchführen	MFFJIV	abgeschlossen
Bediensteten-Netzwerk „Queer durch die Ministerien“ initiieren	MFFJIV	abgeschlossen

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Im Kontakt mit Betrieben und öffentlichen Einrichtungen über die Notwendigkeit und die Arbeitsweisen der Beschwerdestellen nach § 13 AGG informieren und Expertise als NGO beratend zur Verfügung stellen	QueerNet RLP auf Initiative des Netzwerks diskriminierungsfreies RLP	in Bearbeitung
LSBTI-Belange in Medizin und Pflege berücksichtigen		
Informationen zum Thema LSBTTI über die Beratungs- und Prüfbehörden an die Pflegeeinrichtungen vermitteln	MSAGD	fortlaufend
Thema LSBTI bei allen Aktivitäten zu „Gut leben im Alter“ berücksichtigen	MSAGD	umgesetzt und fortlaufend
Handreichung für Ausbildung von Alten- und Krankenpflegekräfte zum Thema LSBTI im Alter erarbeiten	MSAGD/LZG	abgeschlossen
Broschüre für Pflegekräfte über LSBTI und Vielfalt im Alter erstellen	MSAGD, QueerNet RLP	abgeschlossen
Thema Intersexualität in die Lehrpläne der Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Schule für Hebammenwesen aufnehmen	MWWK	abgeschlossen
Schulung für Dozent*innen der Mediziner*innenausbildung an Universitäten zu Inter* und Trans* durchführen	MWWK	in Bearbeitung
QueerNet RLP im Rahmen der Hebammen-Ausbildung vorstellen	MWWK	umgesetzt und fortlaufend
Gespräche mit Kliniken über Operationen an intergeschlechtlichen Kindern führen	MFFJIV, MWWK	umgesetzt und fortlaufend
Hebammen zu Intersexualität sensibilisieren	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Kontakt zu Alten-Einrichtung aufbauen als Einstieg in das Themenfeld LSBTI im Alter	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Trans* medizinischen Fachkreis für RLP/ Trans* für Therapeut*innen organisieren	dgti	umgesetzt und fortlaufend
Vielfalt im Sport fördern		
Austausch mit dem Landessportbund zum Thema LSBTI (Homo- und Transphobie im Sport) aufnehmen und fortführen	MdI	in Bearbeitung
Den Bereich „Toleranz und Vielfalt“ in der Trainer*innen-Ausbildung der Sportorganisationen berücksichtigen	MdI	umgesetzt und fortlaufend
Fußballprojekte vor dem Hintergrund des Themas „Vielfalt“ fördern	MdI	umgesetzt und fortlaufend
Gleichberechtigung aller Menschen und Verurteilung körperlicher, seelischer und sexualisierter Gewalt in Satzung des Landessportbundes verankern	MdI	abgeschlossen
Sport – Schwerpunkt auf Integration aller Menschen legen	MdI	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Zum Thema Trans* im Sport sensibilisieren	dgti	in Bearbeitung
Zielvereinbarung zwischen den Sportbünden des Landes und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. schließen	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Veranstaltungen der „Sportgruppen“ (Fanprojekte etc.) durchführen	QueerNet RLP	fortlaufend
Vielfalt in der Landesregierung fördern		
Leitbild des MSAGD unter Aufnahme des Diversity-Ansatzes aktualisieren	MSAGD	abgeschlossen
Teamsitzungen und Fachtreffen nutzen, um Mitarbeiter*innen, die mit der Bearbeitung von Fällen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) betraut sind, weiter für die Thematik zu sensibilisieren.	MSAGD	umgesetzt und fortlaufend
Geschlechtergerechte Sprache in der Steuerverwaltung etablieren	FM	in Bearbeitung
Beiträge aus dem LSBTI-Bereich (Landesaktionsplan RLP unterm Regenbogen) in die Weiterentwicklung der Strategie Vielfalt (IMA und Umsetzungsplan) einbeziehen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
LSBTI-Beauftragte nimmt am Runden Tisch Antidiskriminierung und Vielfalt teil	MFFJIV	fortlaufend
Im Schwerpunktjahr „Diversitymanagement“ im Rahmen der Umsetzung der Führungsgrundsätze 2019 für das Thema LSBTI sensibilisieren	MFFJIV	abgeschlossen
Inhouse-Schulungen im MFFJIV zu den Themen Trans* und Inter* durchführen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Menschen berücksichtigen, die sich nicht nur dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Handreichung „Geschlechtergerechte Sprache“ erstellen	MFFJIV	abgeschlossen
LSBTI-Geflüchtete schützen		
Besonderes Augenmerk auf die Belange von asylsuchenden Personen bei der gemeinsamen Unterbringung richten, die wegen ihrer sexuellen Identität oder wegen ihrer Geschlechtsidentität aus ihrem Herkunftsstaat geflohen sind,	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Umsetzung Gewaltschutzkonzept für Zielgruppe LSBTI-Geflüchtete, hier: geflüchtete LSBTI in den AfAs durch den Sozialdienst informieren und beraten	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Umsetzung Gewaltschutzkonzept für Zielgruppe LSBTI-Geflüchtete, hier: Beschäftigte zum Thema LSBTI sensibilisieren	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Umsetzung Gewaltschutzkonzept für Zielgruppe LSBTI-Geflüchtete, hier: Auf Wunsch geflüchtete LSBTI an Erstaufnahmeeinrichtungen mit separater Einzelzimmerunterbringung vermitteln	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“		
Umsetzung Gewaltschutzkonzept für Zielgruppe LSBTI-Geflüchtete, hier: Intensive Bewachung der Bereiche, in denen schutzbedürftige Personen (darunter auch LSBTI) untergebracht sind, gewährleisten	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Umsetzung Gewaltschutzkonzept für Zielgruppe LSBTI-Geflüchtete, hier: Ungestörten Zugang zu Duschräumen für transsexuelle Personen sich erstellen	MFFJIV	in Bearbeitung
Umsetzung Gewaltschut zkonzept für Zielgruppe LSBTI-Geflüchtete, hier: In Leitbild zum gewaltfreien und gleichberechtigten Zusammenleben in den Aufnahmeeinrichtungen expliziten Hinweis auf die Gleichberechtigung der LSBTI und das generelle Diskriminierungsverbot in Deutschland aufnehmen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Community empowern“		
Maßnahme	Verantwortlich bzw. angeregt durch	Umsetzungsstand
Partizipation stärken		
Vertretung von Regenbogenfamilien im Landesbeirat für Familienpolitik sicherstellen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Landesweiten Runden Tisch LSBTI und Dialog mit allen Queer-Gruppen weiterführen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Ständige Mitgliedschaft von QueerNet RLP e.V. im Bündnis Demokratie gewinnt und im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement erreichen	Stk	umgesetzt und fortlaufend
LSBTI-Interessenvertretung in die Landesmedienkonferenz einbeziehen	StK und QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Schulungen zum Thema „Trans* in Arbeit“ durchführen	dgti	umgesetzt und fortlaufend
Am Netzwerk „Großregion unterm Regenbogen“ teilnehmen	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Mitgliedschaft in Gremien der Familien- und Jugendarbeit, (zivil)gesellschaftlichen Organisationen erreichen	QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Vernetzung und Selbstwirksamkeit fördern		
Maßnahmen zur Sensibilisierung für und Unterstützung von LSBTI-Geflüchteten von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. fördern	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Veranstaltungen fördern, die der Partizipation und Vernetzung queerer Jugendgruppen in RLP dienen	MFFJIV	zukünftige Maßnahme

Leitziel „Community empowern“		
Projekte zum Abbau von Diskriminierung lesbischer Frauen und Mädchen unterstützen	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Vernetzung regionaler Queer Refugees-Gruppen unterstützen	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Trans* Menschen wg. Herkunft, Migration, People of Colour betreuen	dgti, QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Gruppen für Eltern mit transidenten Kindern einrichten und begleiten	dgti	ausgesetzt
Safe House für trans*kids einrichten	dgti	zukünftige Maßnahme
Trans* Jugendcamp /Trans* Kids Andernach organisieren	dgti	zukünftige Maßnahme
Trans*tagung durchführen	dgti	abgeschlossen
Safe House für LSBTI-Geflüchtete einrichten	QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Fortbildungen auf lokaler und regionaler Ebene für Multiplikator*innen zu Queer Refugees durchführen	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Queer Refugees-Gruppen in den Einrichtungen bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen	QueerNet RLP	abgeschlossen
Lesbische Sichtbarkeit in Rheinland-Pfalz erhöhen	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend
Koordinierungsstelle zur Erhöhung der lesbischen Sichtbarkeit schaffen	QueerNet RLP	in Bearbeitung
Koordinierungsstelle zur Vernetzung der Aktivitäten der Jugendgruppen in RLP einrichten	QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Koordinierungsstelle zur Vernetzung der LSBTI Aktivitäten in der Großregion schaffen	QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Selbstverwaltungsstrukturen ausbauen		
Ehrenamtliche Arbeit und Struktur von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. fördern	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
dgti-Büro Mainz einrichten	dgti	geplant
LSBTI Selbstverwaltung stärken	QueerNet RLP	zukünftige Maßnahme
Landeskoordinationsstelle(n) einrichten	dgti	zukünftige Maßnahme
(Peer-)Beratung ausweiten		
(Peer-)Beratung für transidente und intersexuelle Menschen in Zusammenarbeit mit Tans*Aktiven und Inter*Aktiven stärken	MFFJIV	umgesetzt und fortlaufend
Trans*berater*innen-Fortbildung durchführen	dgti	umgesetzt und fortlaufend

Leitziel „Community empowern“		
Trans* und Inter* beraten	dgti	umgesetzt und fortlaufend
Inter* beraten	IM e.V.	umgesetzt und fortlaufend
Inter*berater*innen Aus- und Weiterbildung durchführen	IM e.V.	umgesetzt und fortlaufend
Trans*- und Inter*Personen beraten	QueerNet RLP	umgesetzt und fortlaufend

IMPRESSUM

Herausgegeben von:

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
www.mffjiv.rlp.de
www.regenbogen.rlp.de

Verfasst von:

Referat Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz
Birgitta Brixius-Stapf, Tel. 0 6131 16-4497, E-Mail birgitta.brixius-stapf@mffjiv.rlp.de
Funda Römer, Tel. 06131 16-5649, E-Mail funda.roemer@mffjiv.rlp.de

Claudia Vortmann, comvort

August 2020

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für Lesben, Schwule, Bi, Trans* und Inter* sexuelle“ wird fortlaufend weiterentwickelt. Maßnahmen kommen hinzu, andere werden abgeschlossen oder neue Personen und Organisationen beteiligen sich. Daher ist es möglich, dass einzelne Maßnahmen nicht im Bericht aufgeführt sind oder deren Bearbeitungsstatus sich zwischenzeitlich geändert hat. In diesem Fall bitten wir um eine entsprechende Mitteilung.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Beirats- Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR FAMILIE,
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz

poststelle@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de
www.regenbogen.rlp.de